

Themenreihe

beim PCL

„Völkerrecht & Weltfrieden“



Nummer: 2/24

Ausgabe 11 / Themenreihe-1 / Heft-2

04.12.2024



PCL ist ein Projekt der GdG (GdG ist ein Ortsverein des UMEHR e.V.)



FSP ist ein Projekt der GdG, welches Künstler zur thematischen Gestaltung und Eigenwerbung einlädt.

Impressum

Vi.S.d.P. Holger Thurow-N.
Herausgegeben von der "GdG", ein Ortsverein von "UMEHR e.V." (VR 24757), Neuer Wall 80, 20354 Hamburg, Tel.: 0151/54180372

Email: media@umehr.net



WIBP e.V.; VR 7733,, L.Häuptl c/o , brigittelothar@hotmail.de; Ruf: 0174 2094068



Download: <https://radicaldemocrat.news/radikaldemokratie-besitzrecht-hefte/>

Inhaltsverzeichnis:

0. Einleitung

Ia. Zurück zum Völkerrecht und Weltfrieden

Seite 3

Ib. Возврат к народному праву и миру в мире

Seite 3 - 4

IIa. Große deutsche und internationale FRIEDENSINITIATIVE - Keine NATO-STÜTZPUNKTE in OSTDEUTSCHLAND und nicht in ganz Deutschland!

Seite 4 - 5

IIb. Крупная немецкая и международная ИНИЦИАТИВА МИРА - Никаких точек опоры НАТО в Восточной Германии и не во всей Германии!

Seite 5 - 6

IIIa. Unsere Reise in den Donbass – Vereinsmitglieder des WIBP e.V.

Seite 6 - 7

IIIb. Наша поездка на Донбасс - члены ассоциации WIBP e.V.

Seite 7

IV. Konferenz in Jalta 1945

Seite 8 - 11

V. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Seite 11 - 18

VI. Westliche Zusagen, die Nato nicht nach Osten zu erweitern: Fakt oder Fiktion?

Seite 18 - 21

Einleitung

Am 1.9.2024 veröffentlichten wir, in gemeinsamer Arbeit Heft 1 dieser Themenreihe. Es ist uns und mir ein besonderes Bedürfnis, Euch mit unserem politischem und organisatorischem Vorhaben "Jalta 2025 - zurück zum Völkerrecht und Weltfrieden" vertraut zu machen.

Wir wissen sehr wohl, dass wir als eine relativ kleine Gruppe von standhaften Friedensfreunden ein ehrgeiziges Projekt entgegen der hiesigen Politik verwirklichen wollen, indem wir auf der Krim in Jalta, mit Bürgern Russlands reden wollen, um nach Lösungen zur Schaffung eines dauerhaften Friedens zwischen unseren Völkern zu suchen.

Wir haben auf den Facebook-Seiten:

<https://www.facebook.com/haupl.lothar>

<https://www.facebook.com/groups/oderneisefriedensgrenzongf/>

<https://www.facebook.com/groups/1427511977534922/>
<https://www.facebook.com/groups/jalta2025weltfrieden>

unsere Standpunkte unmissverständlich veröffentlicht.

Wir verurteilen die Politik der Bundesregierung Deutschland, welche die gutnachbarlichen Beziehungen in Form von Städte-Partnerschaften zwischen Russland und Deutschland (siehe: <https://www.russlandpartner.de/deutsch>), sowie die vielen Kontakte die nach 1945 vor allem in der DDR zu Schulen, Wissenschaftseinrichtungen und zwischen privaten Personen entstanden sind, zerstören möchte.

Diese Partnerschaften bieten einen reichen Fundus an verbliebenen Möglichkeiten an die wir anknüpfen können, denn weder die russischen, noch die deutschen Bürger Deutschlands wollen Krieg.

Hunderte von Solidaritätsaktionen mit Organisationen, Vereinen, Waisenhäusern, Schulen und Krankenhäusern haben bis 2015 und auch danach mit den Menschen im Donbass stattgefunden. Die Hilfsorganisationen in Deutschland sind so viele, dass man sie kaum in einem Block aufzählen kann. Stellvertretend dafür schaut den Waisenkindern ins Gesicht, die sich für unsere Hilfsaktion 2015 auf ihre Art bedanken:

<https://youtu.be/W-04K5tbuNk?si=bG3V8O6rqLAn3grb>

In der Zeit von 1939 bis zum "Tag des Sieges" am 09.05.1945 und am 08.05.1945 dem "Tag der Befreiung" haben hunderttausende Bürger, Soldaten, Antifaschisten und Antimilitaristen ihren ganz besonderen Kampf gegen Faschismus, Militarismus, Neokolonialismus und faschistische Kriege geführt. 27 Millionen Menschen haben in diesem II. Weltkrieg ihr Leben verloren.

Entgegen der Vereinbarungen und unterzeichneten Protokolle der Alliierten, hat sich nach 1945 die Sowjetunion an diese Verträge gehalten und sich um FRIEDEN mit den Westmächten bemüht. Noch am 19.12.1989 formulierte der damalige Bundeskanzler der BRD Dr. Helmut Kohl, vor den Trümmern der Frauenkirche folgende Worte: "... Ich gehöre zu jener jungen Generation, die nach dem Krieg geschworen hat: Nie wieder Krieg, nie wieder Gewalt! ... von deutschem Boden muss in Zukunft immer Frieden ausgehen!" Alle riefen Helmut ..., und merkten nicht, dass die Westmächte die deutsche EINHEIT dazu ausnutzten, um Stück für Stück völkerrechtliche Verträge und Abkommen zu ignorieren und zu brechen. Heute stehen Deutsche mit anderen NATO-Soldaten wieder vor der russischen Grenze.

Über unsrige und viele andere friedensbildende Aktivitäten, vollen wir in Jalta im Februar 2025 reden. Wer denn sonst, wenn nicht wir? Wir setzen unsere Hoffnungen auf die friedliebenden Völker Russlands und Deutschlands.

Ich habe kurz unser Vorhaben als Bürgerinitiative zusammengefasst. Wer nicht persönlich aktiv werden möchte, oder kann, hat die Möglichkeit, uns politisch oder finanziell zu unterstützen. Keiner soll im Angesicht eines drohenden Krieges hinterher sagen können: "Das habe ich nicht gewusst!" Lest und druckt dieses Heft aus, und werdet aktiv für Frieden an jedem Ort, für einen WELTFRIEDEN, an statt für den III. Weltkrieg „kriegstüchtig“ zu werden. Jetzt erst recht!

Häupl Lothar

01742094068

brigitte.lothar@hotmail.de

Ia. Zurück zum Völkerrecht und Weltfrieden

Unter diesem Motto fand am 31. August 2024 auf dem 5. Friedensfestival in Magdeburg eine Veranstaltung statt. Zum 80. Jahrestag der Konferenz von Jalta soll eine Delegation mit deutschen und anderen Teilnehmern aus Europa auf die Krim nach Jalta fahren, im heutigen Russland. Dort treffen sie Angehörige des Vereins der Krim-Deutschen. So kann aktiv ein Beitrag zur Völkerverständigung, Frieden und Neutralität geleistet werden. Es sind Partnerschaften und gemeinsame Willenserklärungen hin zum Frieden angestrebt. Die bis jetzt beteiligten deutschen Vereine WIBP e.V. und Umehr e.V. haben die Initiative ergriffen, um der Einladung des Vereins der Krim-Deutschen nach Russland zu folgen. Wir wollen damit als deutsche Vereine unseren Willen bekunden, dass wir der Meinung sind, dass die gewählten Vertreter derjenigen Städte, welche Partnerstädte in Russland haben, diese unterbrochenen Städtepartnerschaften wieder aufnehmen, um die Feindseligkeiten von Seiten Deutschlands gegen „die Russen“ zu beenden. Diese unsere Willensbekundungen für Frieden und Freundschaft mit Russland, sollen dazu beitragen, endlich Gespräche über einen Friedensvertrag zwischen unseren Ländern zu ermöglichen. Bis dahin können wir vielfältige Partnerschaften zwischen russischen und deutschen Organisationen auf den Weg bringen, deren pure Anzahl die durch uns zu wählenden Vertreter damit beauftragt, alle Feindseligkeiten gegen „Russen“ zu beenden.

Geschichte und Ursprung der Krim-Deutschen

Katharina die Große, die als damalige russische Zarin selbst aus Deutschland kam, lud deutsche Handwerker und Bauern ein, nach Russland auszuwandern. Vorzugsweise in die dünn besiedelten Gebiete der Schwarzmeerregion, wie zum Beispiel das zur heutigen Ukraine zugehörige Odessa, oder die zum heutigen Russland zugehörigen Krasnodar und die Krim. Damals wurden den deutschen Auswanderern Anreize geboten, wie zum Beispiel Steuerfreiheit, Freiheit in der Religionsausübung und Bewahrung ihrer eignen Kultur. Das Ziel der Ansiedlung bestand darin, die durch mehrere Kriege mit dem osmanischen Reich erworbenen Gebiete halten und verteidigen zu können.

Kollaboration mit dem Feind?

Deutsche dürfen doch wohl mit Deutschen eine Partnerschaft eingehen. Ja, die Krim-Deutschen sind wahrscheinlich in den meisten Fällen nicht mit einer doppelten Staatsbürgerschaft ausgestattet, also keine deutschen „Staatsangehörigen“, aber doch ethnische Deutsche. Genauso können auch Schweizer, Österreicher, Franzosen, Engländer und Amerikaner, die auf der Krim, oder in weiteren Teilen Russlands leben, über ihre Vereine Freundschaften mit Bewohnern ihrer alten Heimat bekunden, so wie alle nicht genannten Bürger mit anderer Herkunft.

Die Konferenz von Jalta

Diese Konferenz fand vom 4. bis zum 11. Februar 1945 in Jalta, auf der Krim, in der damaligen Sowjetunion statt. Stalin lud den amerikanischen Präsidenten Roosevelt und den britischen Staatschef Winston Churchill ein. Themen der

Konferenz waren hauptsächlich die Aufteilung Deutschlands nach dessen Niederlage im 2. Weltkrieg und die Machtverteilung der „Siegermächte“ in Europa.

Unsere Konferenz in Jalta, setzt sich dafür ein, dass die jetzige desolante Nachkriegsordnung, die durch die Missachtung des „Zwei-plus-Vier-Vertrages“ vom 12.09.1990 durch die Westmächte, am Rande eines 3. Weltkrieges gelandet ist, endlich durch einen Friedensvertrag mit Deutschland beendet wird, in der Deutschland natürlich seine militärische Neutralität im Kampf zwischen West- und Ost-Mächten erklären und erlangen müsste.

Wer etwas anderes möchte, der sollte sich in diese Konferenz, seine Publikationen und deren Fortsetzungen aktiv einbringen und seine Friedens-Vorschläge unterbreiten. In einer Situation in der uns die gegenwärtigen Machthaber auf einen Krieg gegen Russland „ertüchtigen“ wollen, sollten sich alle Kriegsgegner schon heute über unsere Ziele von Friedensverhandlungen austauschen.

Hans P. Beneke

(Der selbe Text auf Russisch:)

Ib. Возврат к народному праву и миру в мире

Под таким девизом прошел 31 августа 2024 года в Магдебурге пятый по счёту фестиваль. К 80 годовщине ялтинской конференции собирается приехать в Крым, в Ялту делегация в составе с немецкими и другими участниками из Европы, чтобы посетить современную, сегодняшнюю Россию. Таким образом имеется возможность активно участвовать и внести свой вклад во взаимопонимание между народами, в поддержку мира и нейтралитета. Партнёрство и совместное волеизъявление к мирному урегулированию является активным устремлением и целью. немецкие сообщества WIBP e. V. И Umehr e.V. взяли инициативу в этом направлении и последовали приглашению крымских немцев посетить Россию. Таким образом, мы так же являясь немецкими сообществами стремимся выразить нашу Волю и высказать мнение о том, что избранным представителям городов побратимов с Россией важно возобновить прерванные немецкой стороной отношения, для преодоления враждебного отношения к русским. Так же это наше волеизъявление о мире и дружбе с Россией имеют целью сделать возможным ведение переговоров о мирном договоре между нашими странами. К тому же, мы активно трудимся над привлечением различных партнёров русских и немецких организаций, в больших количествах, где выбранные нами представители имеют своим заданием прекращение враждебного отношения к "русским".

История и происхождение крымских немцев.

Екатерина Великая, которая была по происхождению немкой пригласила из Германии в Россию представителей различных профессий: мастеров, фермеров приехать

трудиться в России. Предпочтительно в малонаселенных территориях черного моря, как например, в сегодняшней относящейся к Украине Одессе или принадлежащей к сегодняшней России Краснодаре и Крыму. Тогда немецким переселенцам были предложены привлекательные предложения : освобождение от налогов, исповедование собственной религии и сохранение идентичной немецкой культуры. Целью такого переселения немцев являлось также освоение , сохранение и защита завоеванных Россией у османской империи территорий.

Сотрудничество с врагом?

Немцам позволительно создавать партнёрства с немцами. Да вполне вероятно, что крымские немцы не являются обладателями двойного гражданства, и не являются гражданами Германии, но этнически все же немцы. Точно так же могут и представители других стран: Швейцарии, Австрии, Франции, Англии и Америки, в Крыму или проживающие в других регионах России, посредством сообществ поддерживать дружбу со своей Родиной по происхождению, как и другие не названные граждане различных происхождений.

Конференция в Ялте

Эта конференция проходила с 4 по 11 февраля 1945 года в Ялте, в Крыму, в тогдашнем Советском Союзе. Сталин пригласил американского президента Рузвельта и британского главу правительства Черчеля. Основной темой данной конференции был раздел Германии после поражения во второй мировой войне, а так же распределение Власти среди Победителей в Европе.

Наша конференция в Ялте, Имеет целью прекращение сегодняшней дезориентированной послевоенной ситуации, созданной посредством попирания "2+4 Договора" от 12.09.1990 представителями запада, что привело к эскалации и развитию угрозы 3 мировой войны, путем заключения мирного договорам с Россией, в котором Германия конечно выразит свой военный нейтралитет относительно борьбы восточных и западных сил.

Кто хочет чего то другого, Тому важно в этой конференции так же выразить свои предложения и публикации по этой теме. В ситуации, когда в настоящем властямущие хотят направить и подготовить нас к войне с Россией, каждому выступающему против войны уже сегодня важно активно обмениваться идеями о целях и предложениях к заключению мира.

Hans P. Beneke

WIBP e.V.; VR 7733,, L.Häupl c/o , brigittelothar@hotmail.de; Ruf: 0174 2094068



IIa. Große deutsche und internationale FRIEDENSINITIATIVE

Keine NATO-STÜTZPUNKTE in OSTDEUTSCHLAND und nicht in ganz Deutschland!

1. Deshalb! "Deutschland 2025 - Raus aus der NATO!"

2. Deshalb! Alle NATO - STÜTZPUNKTE auf deutschem Boden bis 7.10.2025 auflösen.

3. Deshalb! Aufkündigung von allem militärisch genutztem Grundstückseigentum der NATO - GROSSMÄCHTE!

4. Deshalb! Einstellung Deutschlands der Zahlungen von 2% des BIP spätestens zum 30.6.2025.

5. Deshalb! Sofortiger STOPP des Neu- oder Ausbaus von NATO - STÜTZPUNKTEN. Stopp von Lieferungen für die Stationierung von Langstreckenraketen der USA in Wiesbaden und auch nirgendwoher in ganz Deutschland.

6. Deshalb! Deutschland ab 1.1.2026 "NATO - Sperrzone!" Deutschland muss ein neutraler, entmilitarisierter, demokratischer Friedensstaat werden.

7. Deshalb! Von der Oder – Neiße - Friedensgrenze im Osten sowie westlich, nördlich, südlich in den Grenzen von 1957 ein Friedensstaat , der Friedensverträge mit allen europäischen Staaten und Ländern abschließt.

8. Deshalb! Die "Friedensklauseln" des "Helsinki-Abkommens" - Korb 1, vom 1.8.1975 erhalten spätestens ab 1.10.2025 ihre unumstößliche Gültigkeit. Der 2+4 - Vertrag soll spätestens zum 31.12.2025 nach Volksentscheid aufgekündigt werden.

9. Deshalb! Durchführung eines Volksentscheides nach Artikel 146 des Grundgesetzes am 9.5.2025. Dazu soll dieser Tag in Deutschland sofort und künftig zum "Tag der Unabhängigkeit" erklärt werden und damit als gesetzliche und arbeitsfreie Feiertag festgelegt werden.

10. Deshalb! Die Punkte werden zum Bundestags-Wahlprogramm der FRIEDENSBEWEGUNG DEUTSCHLANDS erklärt. In den Ländern können zusätzliche Punkte beraten und beschlossen werden.

11. Deshalb! Soll der erste 1. Mai 2025 statt zum Parteienwahlkampf zum "Sternmarschtag für den Frieden 2025, als Autokorso, oder Wandertag, Fahrrad - Tag nach Rostock genutzt werden, um gegen die laufende Einrichtung des taktischen NATO - Hauptquartiers mit allen demokratischen Mitteln zu protestieren. Dazu werden alle außerparlamentarischen Kräfte aufgerufen, unterstützende Maßnahmen zu beraten und zu

unterstützen. Die Führungen der "Altparteien" sollten es unterlassen, diese Friedensinitiativen zu unterwandern oder zu missbrauchen.

12. Deshalb! Soll der erste 31. August 2025 (am Vorabend des Weltfriedenstag) statt zum Parteienwahlkampf zum zweiten "Sternmarsch für den Frieden 2025", als Autokorso, oder Wandertag, Fahrrad-Tag nach Berlin (Hauptstadt Deutschlands) als 2. PROTESTTAG genutzt werden, um gegen die weiteren Unterstützungen der NATO und FÜR den Austritt aus dem Bündnis mit allen demokratischen Mitteln zu befürworten.. Dazu werden alle außerparlamentarischen Kräfte aufgerufen, unterstützende Maßnahmen zu beraten und zu unterstützen. Die Führungen der "Altparteien" sollten es unterlassen, diese Friedensinitiativen zu unterwandern.

13 . Deshalb: Wir unterstützen jede internationale und nationale Initiative, die durch eigene Beschlussfassungen und Arbeit dafür eintreten, dass der Friedensplan, der BRICS - Staaten zum Aufbau einer multipolaren Welt erfolgreich in jedem Land, regionalen und nationalen, bei gleichzeitiger Distanzierung der NATO-Politik zum Erfolg gebracht werden soll. In Bezug auf Jalta/Krim im Februar 2025 wird das Papier als Vorschlag zur Beschlussfassung für ein Abschluss-Kommuniqué / Willensbekundung) vorgelegt.

14. Deshalb: Die 14 Punkte, die gleichzeitig für die Beratungen in "Jalta2025 - zurück zum Völkerrecht & Weltfrieden!" sind, werden allen möglichen Bürger- & Friedensinitiativen, sowie der UNESCO und der UNO zu Kenntnisname und möglichen Beschlussfassungen übermittelt.

Es wird empfohlen, dass sich in allen Bundesländern dazu bis zum 31.12.2024 Bürger- und Friedensinitiativen vereint konstituieren, um spätestens bis zum 10.1.2025 demokratisch gewählte "Bürger- und Friedensräte " zu bestimmen, die jeweils für mindestens 1,5 JAHRE im eigenen Bundesland und als Teil eines "bundesdeutschen Friedensrates" die koordinierende ehrenamtliche Arbeit übernehmen. Diese Beschlussfassung soll mehrsprachig ausgefertigt werden.

Unser Motto bleibt konsequent:

"NIE WIEDER - FASCHISMUS & MILITARISMUS - Frieden für alle Völker dieser Welt - JETZT & SOFORT!"

**Dazu muss die ARBEIT sofort beginnen.
24.10.2024**

Häupl Lothar

Initiator von "Jalta2025 - zurück zum Völkerrecht @ Weltfrieden!"

**Unterstützer und Mitinitiatoren aus dem In-und Ausland melden sich umgehend oder Sofort bei:
01742094068**

(Es folgt der selbe Text auf Russische:)

Пб. Крупная немецкая и международная ИНИЦИАТИВА МИРА

Никаких точек опоры НАТО в Восточной Германии и не во всей Германии!

1. поэтому! «Германия 2025 - выйти из НАТО!»

2. поэтому! К 7 октября 2025 года расформировать все опорные пункты НАТО на территории Германии.

3. поэтому! Аннулировать все имущество, используемое в военных целях главными державами НАТО!

4. поэтому! Прекратить выплаты Германии в размере 2% ВВП не позднее 30 июня 2025 года.

5. поэтому! Немедленно прекратить строительство или расширение опорных пунктов НАТО. Прекратить поставки для размещения американских ракет дальнего радиуса действия в Висбадене и нигде больше в Германии.

6. поэтому! Германия с 1.1.2026 «Без барьеров НАТО!» Германия должна стать нейтральным, демилитаризованным, демократическим мирным государством.

7. поэтому! От мирной границы Одер-Нейсе на востоке, а также на западе, севере и юге в пределах границ 1957 года мирное государство, заключающее мирные договоры со всеми европейскими государствами и странами.

8. Поэтому! Мирные положения» „Хельсинкского соглашения“ - Корзина 1 от 1 августа 1975 года - обретут необратимую силу не позднее 1 октября 2025 года. Договор 2+4 должен быть расторгнут не позднее 31 декабря 2025 года по результатам референдума.

9. поэтому! Проведение референдума в соответствии со статьей 146 Основного закона 9 мая 2025 г. С этой целью следует немедленно и в будущем объявить этот день в Германии «Днем независимости» и тем самым установить его как государственный и нерабочий праздник.

10. поэтому! Эти пункты объявляются предвыборной программой ГЕРМАНСКОГО МИРОВОГО ДВИЖЕНИЯ в Бундестаге. Дополнительные пункты могут обсуждаться и решаться в федеральных землях.

11. Поэтому! Вместо партийной избирательной кампании первое 1-е мая 2025 года следует использовать как «День звездного марша за мир 2025»,

как кортеж, пеший или велосипедный день в Ростове, чтобы всеми демократическими способами выразить протест против продолжающегося создания тактической штаб-квартиры НАТО. С этой целью все внепарламентские силы призываются к обсуждению и поддержке мер поддержки. Лидеры «старых партий» должны воздержаться от подрыва или злоупотребления этими мирными инициативами.

12. Поэтому! Первое 31-е августа 2025 года (накануне Всемирного дня мира) должно быть использовано как второй «Звездный марш за мир 2025», как кортеж, или пеший день, велосипедный день в Берлине (столице Германии) как 2-й ДЕНЬ ПРОТЕСТА вместо партийной избирательной кампании, чтобы выступить против дальнейшей поддержки НАТО и за выход из альянса всеми демократическими способами. С этой целью все внепарламентские силы призываются к обсуждению и поддержке мер поддержки. Руководители «старых партий» должны воздержаться от подрыва этих мирных инициатив.

13. Поэтому: Мы поддерживаем все международные и национальные инициативы, которые своими резолюциями и работой выступают за то, чтобы мирный план государств БРИКС по построению многополярного мира был успешно реализован в каждой стране, региональной и национальной, одновременно дистанцируясь от политики НАТО. В Ялте/Крыму или в феврале 2025 года этот документ будет представлен в качестве предложения для итогового коммюнике/декларации о намерениях.

14. Поэтому: 14 пунктов (которые одновременно являются предметом обсуждения «Ялта2025 - назад к международному праву и миру во всем мире!») будут направлены всем возможным гражданским и мирным инициативам, а также в ЮНЕСКО и ООН для информирования и принятия возможных решений.

Рекомендуется до 31 декабря 2024 года сформировать во всех федеральных землях инициативы граждан и мира, чтобы не позднее 10 января 2025 года назначить демократически избранные «Советы граждан и мира», каждый из которых возьмет на себя координацию волонтерской работы в течение не менее 1,5 лет в своей федеральной земле и в составе «Федерального немецкого совета мира».

Эта резолюция должна быть составлена на нескольких языках.

Работа должна начаться немедленно.

24.10.2024

Хойпль Лотар

Инициатор «Ялта2025 - назад к международному праву и миру во всем мире!»

Сторонники и со-инициаторы из страны и из-за рубежа должны немедленно связаться с нами по адресу: 01742094068 или brigitteothar@hotmail.de Пароль: Yalta2025

IIIa. Unsere Reise in den Donbass – Vereinsmitglieder des WIBP e.V.

Als im Jahre 2014 der Konflikt zwischen der Westukraine und dem Donbass begann, reifte in uns der Plan, den Donbass aktiv zu unterstützen. Die Versorgung der Bevölkerung der Ostukraine war abgeschnitten und viele Menschen überlebten nur mit Hilfe der weißen LKW aus Russland, die die Versorgung übernommen hatten.



Mit dem Lied „Kalinka“ verbindet das deutsche Volk u.a. die Liebe der Sowjetsoldaten zur deutschen Kultur. Als 1945 in Berlin am Tag der Befreiung auf den Trümmern der Stadt das Alexandrow-Ensemble das Heideröslein und Kalinka sang, hatten viele Deutsche Tränen in den Augen, teils aus Scham, teils aus Freude.

Wir redeten mit den Menschen auf der Straße und bei Veranstaltungen. Der Wunsch zu helfen war sehr groß. So starteten wir unter dem Namen „Kalinka braucht Hilfe“ unsere Hilfsaktion mit dem Sammeln von Spenden, Kinderkleidung, Spielsachen, Schulbedarf und Medikamenten. Es erreichten uns Spenden aus ganz Deutschland, sogar von Lemgo wurden Spenden mit einem Kleintransporter nach Dresden gebracht. Alle Kartons sind mit Liebe gepackt und sogar mit kleinen Briefen versehen worden.



Unsere Reise startete am 03.05.2015 in Dresden und führte uns über Polen, Weißrussland nach Russland, wo wir in

Belgorod schon erwartet wurden. Begleitet hat uns die ganze Zeit ab der russischen Grenze der MTS, ein Sicherungsdienst. In Belgorod empfangen uns Freunde aus Donezk und Lugansk. Wir fahren gemeinsam in den Donbas. Während der Fahrt hörten wir Kriegslärm, da wurde uns bewußt, dass wir ganz in der Nähe der Front sind. Viele Häuser waren von Granaten getroffen, an den Hauswänden befanden sich Einschusslöcher.

Aber wir hatten keine Angst, fahren am in den nächsten Tagen in ein Kinderheim, ein Kinderkrankenhaus und in eine Schule. Die mitgebrachten Hilfsgüter verteilten wir und sahen leuchtende Augen. Die Lebensumstände der Kinder schnürten mir die Kehle zu und ich hatte Mühe, nicht zu weinen.

Besonders schlimm war aber der Besuch eines Bunkers, in dem sich 4 Frauen mit ihren Kindern geflüchtet hatten, nachdem ihre Häuser zerstört waren. Auch hier konnten wir mit Kinderkleidung und Spielsachen helfen.



Wir fahren mit dem Gefühl zurück nach Dresden, den Menschen im Donbas geholfen zu haben. In der Hoffnung das viele Menschen in Deutschland es uns gleich machen und helfen wollen.

Aber diese Hoffnung erfüllte sich leider nicht. Seit dem 24.02.2022 wird der Hass auf Russland von den Medien so heftig geschürt, dass kaum noch selbst gedacht wird und die Angst vor Russland allgegenwärtig ist, egal mit wem man spricht.

Deshalb wollten wir ein Zeichen setzen mit unserer Reise 2025 auf die Halbinsel Krim, weil dort 1945 in Jalta die Konferenz der Siegermächte stattfand und neue Regeln aufstellte über den Umgang der Länder miteinander in Bezug auf Frieden, Völkerverständigung und ein friedliches Miteinander.

Brigitte Kittler 07.10.2024

(Der selbe Text auf Russisch):

Шв. Наша поездка на Донбасс - члены ассоциации WIBP e.V.

Когда в 2014 году начался конфликт между Западной Украиной и Донбассом, у нас возник план активной поддержки Донбасса. Снабжение населения восточной Украины было прекращено, и многие люди выживали только с помощью белых грузовиков из России, которые

брали на себя поставки.

У немецкого народа песня «Калинка» ассоциируется, в том числе, с любовью советских солдат к немецкой культуре. Когда в день освобождения Берлина в 1945 году ансамбль Александра пел «Хайдерёсляйн» и «Калинку» на руинах Берлина, у многих немцев на глазах были слезы, отчасти от стыда, отчасти от радости.

Когда в 2014 году начался конфликт между Западной Украиной и Донбассом, мы разработали план активной поддержки Донбасса. Снабжение населения восточной Украины было прекращено, и многие люди выживали только благодаря белым грузовикам из России, которые забирали поставки.

У немецкого народа песня «Калинка» ассоциируется, в том числе, с любовью советских солдат к немецкой культуре. Когда в день освобождения Берлина в 1945 году ансамбль Александра исполнял «Хайдерёсляйн» и «Калинку» на руинах Берлина, у многих немцев на глазах были слезы, отчасти от стыда, отчасти от радости.

Мы разговаривали с людьми на улицах и на мероприятиях. Желание помочь было велико. Поэтому мы начали кампанию помощи под названием «Калинке нужна помощь», собирая пожертвования, детскую одежду, игрушки, школьные принадлежности и лекарства. Мы получали пожертвования со всей Германии, даже из Лемго их привозили в Дрезден на фургоне. Все коробки были упакованы с любовью и даже содержали небольшие письма.

Наше путешествие началось 3 мая 2015 года в Дрездене и пролегло через Польшу и Беларусь в Россию, где нас ждали в Белгороде. На всем пути от российской границы нас сопровождала служба безопасности МТС.

В Белгороде нас встретили друзья из Донецка и Луганска. Мы вместе отправились на Донбасс. Во время пути мы слышали шум войны и поняли, что находимся очень близко к фронту. Во многие дома попадали снаряды, в стенах были дыры от пуль.

Но нам не было страшно, и в течение следующих нескольких дней мы посетили детский дом, детскую больницу и школу. Мы раздали привезенные с собой вещи и увидели сияющие глаза. От условий жизни детей у меня перехватило дыхание, и я изо всех сил старалась не заплакать.

Особенно тяжелым было посещение бункера, где после разрушения домов нашли убежище четыре женщины с детьми. Здесь мы тоже смогли помочь игрушками, детской одеждой и играми.

Мы вернулись в Дрезден с чувством, что помогли людям на Донбассе. В надежде, что многие люди в Германии захотят сделать то же самое и помочь.

Но, к сожалению, эта надежда не оправдалась. С 24 февраля 2022 года СМИ разжигают ненависть к России до такой степени, что люди практически не думают самостоятельно, а страх перед Россией вседуше, с кем бы вы ни разговаривали.

Именно поэтому мы хотели показать пример своей поездкой на остров Крым в 2025 году, ведь там в Ялте в 1945 году состоялась конференция держав-победительниц, которая установила новые правила взаимоотношений между странами в плане мира, международного взаимопонимания и мирного сосуществования.

Brigitte Kittler, 24.7.24 **Josef Stalin (Sowjetunion)**

IV. Konferenz in Jalta 1945

Die Konferenz von Jalta war ein diplomatisches Treffen der alliierten Staatschefs Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill und Josef Stalin vom 4. bis zum 11. Februar 1945. Sie fand im Liwadija-Palast im Badeort Jalta auf der Krim statt. Es war das zweite von insgesamt drei alliierten Gipfeltreffen der „Großen Drei“ im bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg (1939–1945). Themen der Konferenz waren vor allem die Aufteilung Deutschlands, die Machtverteilung in Europa nach dem Ende des Krieges und der Krieg gegen das Japanische Kaiserreich. Für alle wichtig waren die Entnazifizierung Deutschlands und die schnelle Beendigung des Kriegs. Diese Ziele waren überhaupt der Grund für die Konferenz von Jalta. Trotzdem hatten alle drei Beteiligten ihre eigenen Interessen, die sie verfolgten.

Die Rote Armee der Sowjetunion war zu der Zeit bereits weit in ehemals deutsches Territorium vorgedrungen. Sie hatten sogar schon militärische Stützpunkte westlich der Oder errichtet. Auch den Osten und Südosten Europas hatten die Sowjets unter Kontrolle. Stalin hatte dadurch Roosevelt und Churchill gegenüber einen großen Verhandlungsvorteil, da er die Kontrolle über einen großen Teil Europas hatte und damit Druck ausüben konnte, um seine eigenen Ziele voranzutreiben.

Franklin D. Roosevelt (USA)

Der amerikanische Präsident Roosevelt war gesundheitlich zu dem Zeitpunkt der Konferenz stark angeschlagen – er verstarb zwei Monate später. Dennoch hatte er einige wichtige Ziele, die er erreichen wollte. Allen voran ging es ihm um eine Beteiligung der Sowjetunion im [Pazifikkrieg](#). Der Krieg in Europa war zwar beinahe zu Ende, das Ende des Kriegs gegen Japan schien aber noch in weiter Ferne. Roosevelt wollte sich in der Konferenz die Unterstützung der Sowjets zusichern. Mit ihrem Eintritt in den Pazifikkrieg wäre ein Sieg gegen Japan möglich, so sein Plan.

Ein weiteres Ziel von Roosevelt war die Gründung und der Aufbau der United Nations Organization (UNO), der Vereinten Nationen. Mit der Atlantik-Charta wurde 1941 dazu bereits ein Versuch gestartet, welcher aber noch weitere Arbeit erforderte. Roosevelt wollte mit Stalin in der Konferenz unbedingt eine Einigung über die Vereinten Nationen erzielen.

Winston Churchill (Vereinigtes Königreich)

Der britische Premierminister Winston Churchill vertrat vor allem das Ziel einer friedenssichernden Nachkriegsordnung in Europa. Ihm war es wichtig, dass dies demokratisch und partnerschaftlich orientiert war. Churchill war außerdem sehr daran interessiert, dass Frankreich einen Platz in dieser Nachkriegsordnung bekam und an der Teilung Deutschlands beteiligt wurde.

Der sowjetische Staatschef Stalin wollte eine Anerkennung seiner sowjetisch besetzten Interessensgebiete in Ost- und Südosteuropa erreichen. Die Ostgrenze Polens wollte Stalin auf die sogenannte Curzon-Linie verlegen, was einen deutlichen Gebietszugewinn bedeuten würde.

Ein weiteres Ziel für Stalin waren Reparationszahlungen von Deutschland. Die Sowjetunion war auf die Kriegsentschädigungen angewiesen, da die finanziellen Schäden durch den Zweiten Weltkrieg so groß wie in keinem anderen Land waren.

In der Konferenz von Jalta wurden einige Beschlüsse getroffen. Die großen Drei konnten sich in vielen Punkten einigen und waren bei vielen Absprachen recht kompromissbereit, wenn auch nicht bei allen Themen Ergebnisse geliefert werden konnten.

Der Umgang mit Deutschland nach dem Krieg

Das größte Thema der Konferenz von Jalta war wohl der Umgang mit dem besiegten Deutschland. Die großen Drei waren sich einig, dass das kriegsschuldige Deutschland entnazifiziert und entmilitarisiert werden musste. Auch auf die Aufteilung in mehrere Besatzungszonen und auf den Alliiertenrat konnten sie sich einigen. Beteiligung Frankreichs Frankreich war durch die lange Besetzung Deutschlands nicht Teil der Konferenzen der Alliierten gewesen. Winston Churchill beharrte trotzdem auf eine Beteiligung Frankreichs am Alliierten Kontrollrat und an der Verwaltung Berlins und forderte eine eigene Besatzungszone für Frankreich. Stalin stimmte nur unter der Bedingung zu, dass die französische Besatzungszone aus den britischen und amerikanischen Gebieten gebildet wird. Er war nicht bereit sowjetische Gebiete abzutreten.

Teilung oder Dezentralisierung

Ob Deutschland allerdings aufgeteilt oder nur dezentralisiert werden sollte, sorgte für eine Debatte. Churchill befürchtete eine Schwächung der europäischen Wirtschaft durch eine dauerhafte Aufteilung Deutschlands. Stalin befürwortete auf der Konferenz diese noch, erklärte aber nur einen Monat später, dass er nicht mehr hinter der Teilung stand.

Nachdem es bei diesem Thema viele Unstimmigkeiten gab, konnte keine Einigung getroffen werden. Deshalb wurde die Frage der Aufteilung oder Dezentralisierung an ein Komitee, bestehend aus dem britischen Außenminister Anthony Eden, dem in London stationiertem Botschafter der USA John G. Winant und dem Botschafter der Sowjetunion, Fjodor Tarassowitsch Gussew, delegiert. Dieses Komitee sollte einen Vorschlag erarbeiten und die Einzelheiten der Aufteilung festlegen.

Kriegsschuldzahlungen

Auch bei diesem Punkt blieben die Parteien uneinig. Stalin wollte die Reparationszahlungen dazu nutzen, die durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Verluste auszugleichen. Als Höhe der Zahlungen schlug er mit 20 Milliarden US-Dollar vor, wobei 10 Milliarden davon an die Sowjetunion gehen sollten.

Churchill sah dadurch aber eine große wirtschaftliche Schwächung des neuen Deutschlands und sprach sich dagegen aus. In einer damals nicht veröffentlichten Vereinbarung beschlossen sie, dass auf drei verschiedene Arten Reparationszahlungen von Deutschland vorgenommen werden sollten:

- Entnahme von Maschinen, Instrumenten und Patenten
- Lieferungen aus der laufenden Produktion
- Nutzung der Arbeitskraft deutscher Spezialisten

Der Umgang mit Polen

Es wurde bereits 1943 auf der Konferenz von Teheran besprochen, dass die östliche Grenze Polens auf die Curzon-Linie verlegt werden sollte. Das versprach der Sowjetunion einen deutlichen Gebietszuwachs – Stalin erreichte damit ein großes Ziel. Polen sollte zum Ausgleich Gebiete im Westen und Norden erhalten, was zu einer Gebietsverschiebung nach Westen führen würde. Die genauen Festlegungen bezüglich der Westgrenze wurden allerdings nicht geregelt.

Roosevelt und Churchill stimmten diesem Gebietszuwachs unter der Bedingung zu, dass Stalin sich für ein souveränes und demokratisches Polen aussprach. Sie einigten sich auf eine Regierung der Nationalen Einheit, welche durch freie Wahlen gewählt werden sollte.

Pazifikkrieg

Roosevelt konnte erreichen, dass Stalin eine Beteiligung im Pazifikkrieg gegen das Kaiserreich Japan zusagte. Spätestens drei Monate nach Ende des Krieges gegen Deutschland sollte die Sowjetunion den Krieg gegen Japan erklären und mit China zusammen ein Bündnis schließen. Stalin hielt diese Absprache ein und erklärte am 8. August 1945 den Krieg gegen Japan.

Vereinte Nationen

Auch bei den Vereinten Nationen konnte Roosevelt eine Einigung mit Stalin erzielen. Mit der Zusage von Stalin zur Kooperation beim gemeinsamen Aufbau der Vereinten Nationen erreichte Roosevelt ein ihm sehr wichtiges Ziel. Stalin konnte aber das Vetorecht der fünf großen Mächte – USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China – im Sicherheitsrat der UNO erwirken.

Konferenz von Jalta Zusammenfassung

Insgesamt wurden in der Konferenz von Jalta einige wichtige Fragen geklärt und Kompromisse gefunden. Die Aufteilung der vier Besatzungszonen in Deutschland war einer dieser Beschlüsse. Der genaue weitere Umgang mit Deutschland, besonders bezüglich der Frage nach Dezentralisierung oder vollständiger Teilung Deutschlands, konnte jedoch nicht geklärt werden. Auch konkrete Beschlüsse bezüglich der polnischen Grenze konnten nicht erzielt werden.

Roosevelt konnte seine beiden wichtigsten Ziele, die Unterstützung im Pazifikkrieg und die Gründung der UN, durchsetzen. Auch Stalin konnte seine Interessen sichern, wenn auch die Reparationszahlungen anders aussahen, als er vorgeschlagen hatte. Churchill erreichte eine Beteiligung Frankreichs an der neuen deutschen Ordnung.

Konferenz von Jalta - Das Wichtigste

- Die Konferenz fand vom 4. Februar bis zum 11. Februar 1945 in Jalta auf der Halbinsel Krim statt
- Teilnehmer waren die großen Drei: Franklin D. Roosevelt (USA), Winston Churchill (Großbritanniens) und Josef Stalin (Sowjetunion)
- Im Vordergrund der Besprechung stand der Umgang mit dem kriegsschuldigen Deutschland nach Beendigung des Krieges und eine mögliche Beteiligung am Pazifikkrieg
- Die Besatzungszonen und die Beteiligung Frankreichs wie auch eine westliche Verlegung der Grenzen Polens wurden festgelegt
- Der gemeinsame Aufbau der Vereinten Nationen wurde verbindlich angesetzt.

Aus der retrospektiven Betrachtung wird die Jalta-Konferenz zumeist der Entstehungsphase des Kalten Krieges zugeordnet, da hier deutlich wurde, dass es unüberbrückbare Differenzen zwischen den Alliierten bezüglich entscheidender Fragen der Nachkriegsordnung gab.

Gleichzeitig gibt es Stimmen, die der Konferenz das Potential zusprechen, eine Grundlage für eine „working relationship“ (Arbeitsbeziehungen) zwischen Westalliierten und UdSSR gewesen zu sein, da hier bedeutende Einigungen wie bspw. bezüglich der Gründung der Vereinten Nationen und einer endgültigen Festlegung der polnischen Ostgrenze erzielt werden konnten.

Im Folgenden soll dargestellt werden, wie diese diametral entgegengesetzten Aussagen miteinander zu vereinbaren sind.

Militärische und politische Ausgangslage der Konferenz von Jalta

Mit der Eröffnung der Zweiten Front im Juni 1944 durch die Landung der Westalliierten in Nordfrankreich sowie durch die militärischen Erfolge der Roten Armee während ihrer Winteroffensive 1945 stand das Deutsche Reich zu Beginn des Jahres 1945 kurz vor dem Zusammenbruch. Nachdem sich die Alliierten noch bis Ende 1944 aufgrund von taktischen und strategischen Überlegungen nicht über den Austragungstermin und –ort einer Anschlusskonferenz an das erste Treffen der „Big Three“ in Teheran einigen konnten, wurde nun durch die schnellen militärischen Erfolge der Alliierten in West- und Osteuropa eine Erörterung der strittigen Nachkriegsfragen unabdinglich.

Ungelöste Konflikte und Verstimmungen zwischen den Alliierten vor Februar 1945

Die Konferenz von Jalta war von Beginn an von beiderseitigem Misstrauen geprägt, welches auf unterschiedliche Vorstellungen bzgl. einer Nachkriegsordnung für Deutschland und Osteuropa und Irritationen über die Intentionen des jeweils anderen Bündnispartners zurückzuführen ist.

Verspätete Errichtung der Zweiten Front

Die Errichtung einer zweiten Front in Kontinentaleuropa durch britische und amerikanische Heeresverbände ist im Mai 1942 durch US-Präsident Roosevelt und den sowjetischen

Außenminister Molotow bei einem Treffen in Washington als besonders dringlich eingestuft worden. Stalin war hierbei besonders an einer möglichst schnellen Entlastung der Roten Armee interessiert, die unter großen Verlusten die Hauptlast des Landkrieges zu tragen hatte. Roosevelt wollte vor allem das wachsende Misstrauen der Sowjetführung gegenüber den westlichen Alliierten zerstreuen und somit einen deutsch-sowjetischen Separatfrieden verhindern. Außerdem sah sich die Roosevelt-Administration zunehmend innenpolitischen Druck ausgesetzt und beabsichtigte, die amerikanische Öffentlichkeit für die Bedeutung des Krieges mittels eines Eintritts in den Landkrieg zu sensibilisieren und von einer Abkehr vom traditionellen amerikanischen Isolationismus zu überzeugen.

Die politische Notwendigkeit einer Invasion der Nordatlantikküste im Jahr 1942 musste allerdings hinter militärische Überlegungen zurücktreten, die es nahelegten, eine Invasion aufgrund der bis zu diesem Zeitpunkt unzureichenden britischen Rüstung auf das Frühjahr 1943 zu verschieben. Nachdem Churchill den Vorschlag, kleine Truppenverbände an der französischen Küste landen zu lassen, aus Angst vor massiven Verlusten durch ein übereiltes Eingreifen abgelehnt hatte, entschloss sich Roosevelt, einer Invasion Nordafrikas zuzustimmen.

Der unerwartet starke Widerstand der deutschen Truppenverbände in Nordafrika und der Entschluss Roosevelts und Churchills in Casablanca, Sizilien anzugreifen, führten zu einer weiteren zeitlichen Verschiebung der Errichtung einer zweiten Front in Nordfrankreich bis zum 6. Juni 1944. Zu diesem späten Invasionszeitpunkt kam es nicht zuletzt auch durch die Überlegungen der Roosevelt-Administration, einen Fehlschlag der „Operation Overlord“ innenpolitisch nicht rechtfertigen zu können, weshalb die USA enorme Mengen an Kriegsmaterial bereitstellen mussten, um einen Erfolg der Invasion zu garantieren.

Die zweijährige Verspätung der Invasion in der Normandie schürte das Misstrauen der Sowjetunion gegenüber den westlichen Alliierten und führte zu einem verstärkten Bemühen Stalins um eine Verständigung mit Hitler, die letztlich scheiterte. Auch nachdem Stalin sich wieder den Westmächten zugewandt hatte, blieb das Misstrauen auf beiden Seiten tief, dass sich die jeweils andere Seite mit Deutschland auf einen Separatfrieden einigen könnte.

In Moskau verblieb zudem der Eindruck: „Um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten, müsste sich die Sowjetunion ausschließlich auf sich selbst verlassen.“ Allein die Truppenstärke der Roten Armee, ihre militärischen Erfolge und die enormen territorialen Zugewinne während der zwei Jahre des Zögerns der westlichen Alliierten, die Zweite Front zu errichten, schienen hierfür Garant genug und so waren Stalin und die Sowjetführung der Überzeugung: "Gebiet gleichgestellte Sicherheit" und implementierten in den besetzten Gebieten ihr Gesellschaftssystem: „Wer auch immer ein Territorium besetzt, erzwingt seine eigenen Sozialsysteme. Jeder verhängt sein eigenes System, so dass seine Armee die Macht dazu hat.“

Bindung amerikanischer Kredite für die Sowjetunion an politische Bedingungen

In ökonomischer Hinsicht lag es im beiderseitigen Interesse, die wirtschaftliche Kooperation zwischen den USA und der

Sowjetunion auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fortzuführen und zu intensivieren. Für die USA war es von großer Bedeutung, nach dem Kriegsende eine Überproduktionskrise zu vermeiden und sich neue Absatz-, aber auch Rohstoffmärkte in der Sowjetunion zu erschließen. Das Interesse Stalins galt im Gegenzug der Lieferung amerikanischer Industriegüter zur Überwindung der enormen Kriegsschäden in der UdSSR.

Entsprechend positiv wurden 1944 derartige Überlegungen von der amerikanischen Wirtschaft und der sowjetischen Führung aufgenommen, aber aus den Reihen der Roosevelt-Administration gab es auch Kritik. So warnte George Kennan, der spätere US-Botschafter in Moskau, vor einer einseitigen Ausnutzung eines Handelsabkommens durch die Sowjetunion. Roosevelt fällt jedoch aufgrund der verzögerten Errichtung der Zweiten Front und um Stalin seine Kooperationsbereitschaft zu signalisieren, die Entscheidung, der UdSSR Nachkriegsanleihen in Aussicht zu stellen. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen 1944 machten es für Roosevelt allerdings innenpolitisch zu riskant, den einer Gewährung von Nachkriegsanleihen ablehnend gegenüberstehenden Kongress um Konzessionen zu bitten, weshalb er lediglich die end-lease-Abkommen erweiterte.

Anfang 1945 unternahm die Sowjetunion einen weiteren Versuch, mit den USA eine Einigung bzgl. einer Kreditgewährung zu erzielen. Die UdSSR sah sich allerdings stark veränderten Rahmenbedingungen gegenüber, denn kurz zuvor hatte der Kongress beschlossen, die lend-lease-Abkommen nicht über das Kriegsende hinaus zu verlängern und innerhalb der Roosevelt-Administration mehrten sich die Stimmen, die eine Kreditgewährung direkt von der Kooperation der Sowjetunion in Osteuropa abhängig machen wollten. Die darauf folgende Verzögerung des amerikanischen Kreditgewährungsprozesses und das somit unerfüllte Kreditversprechen Roosevelts schürten das sowjetische Misstrauen gegenüber den eigentlich Intentionen der USA und führten zu einem verstärkten Bemühen der UdSSR, den Wiederaufbau des zerstörten Landes aus eigener Kraft voranzutreiben.

Nachkriegsordnung für Deutschland

Als Konsequenz des ersten und Zweiten Weltkrieges waren sich die Alliierten darin einig, Europa und die Welt vor einer erneuten deutschen Aggression schützen zu müssen. Die grundlegenden Elemente des gemeinsamen alliierten Nachkriegsprogramms für das besiegte Deutschland waren dementsprechend Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Entkartellisierung und Dezentralisierung.

Es mangelte jedoch an Absprachen, wie und wann diese richtungweisenden Kernelemente einer neuen politischen Ordnung für Nachkriegsdeutschland konkret umgesetzt werden sollten. Die Sowjetunion war generell an einer institutionalisierten Kooperation der Alliierten in Deutschland in Form eines gemeinsamen Besatzungsregimes interessiert, wollte sich bezüglich einer konkreten Nachkriegsordnung allerdings nicht festlegen solange die Rote Armee aufgrund der noch nicht errichteten Zweiten Front keine entscheidenden Territorialgewinne verzeichnen konnte. In Folge dessen reagierte die UdSSR verhalten auf eine Initiative Großbritanniens im Juli 1943, einen Planungs- und Lenkungsausschuss zur Überwachung der befreiten Gebiete einzusetzen. Nach der Landung der westlichen Alliierten auf

Sizilien schlug die Sowjetunion Ende August ihrerseits eine militärisch-politische Kommission der drei Alliierten vor, die die Exekutivgewalt in den besetzten Gebieten übernehmen und somit über wesentlich weitreichendere Kompetenzen verfügen sollte als es die britische Initiative vorgesehen hatte. Dieser Vorschlag beinhaltete implizit die Bereitschaft der Sowjetunion, den westlichen Alliierten ein Mitspracherecht in dem von der Roten Armee befreiten Osteuropa einzuräumen und war mit der Absicht verbunden, die USA und Großbritannien auf ein gemeinsames Besatzungsregime zu verpflichten und mithin eine Separatkapitulation Deutschlands gegenüber den West-Alliierten auszuschließen. Die West-Alliierten lehnten dies jedoch ab und der britische Außenminister Eden legte im Oktober 1943 auf der Außenministerkonferenz in Moskau Entwürfe zur Errichtung einer „European Advisory Commission“ (EAC) vor, die sich mit den Fragen der Nachkriegsordnung für Deutschland und Europa beschäftigen sollte.

Bei einem Treffen der EAC im Januar 1944 in London konkretisierte die britische Regierung ihre Vorstellung bezüglich einer Nachkriegsordnung indem sie die Aufteilung Deutschlands und Österreichs in drei Besatzungszonen vorschlug. Dieser Vorschlag wurde vor allem in Moskau begrüßt, da somit ein gemeinsames Vorgehen der Alliierten gegen Nazi-Deutschland bis zu dessen Kapitulation gesichert erschien.

Über das darüber hinausgehende Vorgehen gegenüber Deutschland herrschte zwischen den Alliierten, vor allem aber auch innerhalb der US-Regierung selbst, weitgehend Uneinigkeit. Die Sowjetunion forderte massive Reparationszahlungen Deutschlands als Vergeltung für die Kriegsfolgen in der UdSSR, die ca. 20 Millionen Kriegstote und eine beinahe vollständig zerstörte Infrastruktur zu beklagen hatte. Diese sowjetischen Forderungen wurden auf Anweisung der US-Regierung nie durch die EAC thematisiert, da man dieser jede Kompetenz zur Klärung allgemeiner politischer Fragen, insbesondere in Bezug auf die Nachkriegsordnung, verweigerte. Die Motivation der USA hierfür ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, dass es innerhalb der Roosevelt-Administration keine eindeutige und von allen geteilte Position gab, wie man mit Deutschland umgehen sollte.

Das Treasury Department unter Henry Morgenthau stellte 1944 den Morgenthau-Plan vor, in dem aufgrund der Erfahrungen mit Deutschland während der zwei Weltkriege nicht nur die Entmilitarisierung und Teilung Deutschlands gefordert wurden, sondern auch die Internationalisierung der deutschen Industriegebiete, die Demontage der gesamten deutschen Schwerindustrie und die Transformation Deutschlands in einen Agrarstaat. Der Morgenthau-Plan war mit dem sowjetischen Interesse nach hohen Reparationszahlungen und dem Bedürfnis nach Sicherheit vor zukünftigen Aggressionen Deutschlands gut vereinbar und führte zu einer Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den USA und der UdSSR.

Die andere einflussreiche Strömung innerhalb der US-Regierung wurde vom State Department und den Außenministern Cordell Hull (1933-44) und Edward R. Stettinius (1944-45) repräsentiert und basierte auf längerfristigen ökonomischen Interessen der USA, die am ehesten durch eine Integration Deutschlands in ein liberales Welthandelssystem und eine Beschränkung der Reparationslasten gewährleistet schien.

Die Konferenz von Jalta-Zusammenfassung

Vom 4. Februar bis 11. Februar 1945 fand die Konferenz von Jalta statt. An ihr nahmen der englische Premierminister Winston Churchill, der Präsident der USA, Franklin D. Roosevelt, und der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Josef Wissarionowitsch Dschugasschwilli Stalin, teil. In einer Erklärung über das "befreite Europa" wird eine gemeinsame Verantwortung der Siegermächte für eine freiheitliche Ordnung der Staaten Europas bekannt gegeben. Allen Völkern wurde das Recht auf freie Selbstbestimmung bestätigt, sowie die Bildung pluralistisch-demokratischer Regierungen in Aussicht gestellt.

Deutschland:

- verhindern, das Deutschland jemals wieder zum Ausgangspunkt militärischer Aggressionen in hegemonialer Absicht werden könne

- Beseitigung des Nationalsozialismus; Aufbau demokratischer Institutionen die der Umerziehung der deutschen Bevölkerung zur demokratischen Einstellung förderlich sind

- Aufteilung in Besatzungszonen gemäß dem 1. und 2. Zonenprotokoll der "Europäischen Beratenden Kommission"

- Bildung eines Alliierten Kontrollrats

- Demontage von Fabriken zur dauerhaften Schwächung d. Wirtschaftspotentials/ Reparationen (auch Sachleistungen) / Gebietsabtretungen

Polen:

- Aufnahme von Vertretern aus der Exil-Regierung in London in das Lubliner-Komitee - die polnische Westgrenze soll in einem Friedensvertrag festgelegt werden

- die Curzon-Linie wird zur polnischen Ostgrenze

Jugoslawien:

- Bildung einer Koalitionsregierung

Außereuropäische Angelegenheiten:

- Kriegserklärung der UdSSR an Japan (3 Monate nach Ende des Krieges in Europa) gegen Zugeständnisse (Staus quo in der Äußeren Mongolei, Anrechte auf Innere Mongolei und Pazifikhäfen, Besitz der Kurilen und Südachalins).

- Einigung über das Stimmenverhältnis im Sicherheitsrat der UN.

Erstellt: Oskar Lehmann

V. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die **Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)** war eine Folge von blockübergreifenden Konferenzen der europäischen Staaten zur Zeit des Ost-West-Konfliktes. Die erste Konferenz fand vor allem auf Initiative der Teilnehmerstaaten des Warschauer Pakts ab dem 3. Juli 1973 in Helsinki statt. Teilnehmer waren 35 Staaten: die USA, Kanada, die Sowjetunion und alle europäischen Staaten mit Ausnahme von Albanien und Andorra, die erst später der KSZE beitraten. 1995 wurde die KSZE mit der Organisation für Sicherheit und

Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als Nachfolgerin institutionalisiert.

Inhaltsverzeichnis

- Inhaltsverzeichnis
- Vorgeschichte
- Vorbereitungen und erste KSZE-Konferenz in Helsinki
- Schlussakte von Helsinki
- Folgen der Konferenz
- KSZE-Folgekonferenzen
- Belgrad 1977–1978
- Madrid 1980–1983
- KVAE: Stockholm 1984–1986
- Wien 1986–1989 und Charta von Paris 1990
- Moskauer Mechanismus 1991
- Helsinki 1992
- Budapest 1994 und Umbenennung in OSZE
- KSZE-Teilnehmerstaaten 1971/1973 bis 1994
- KSZE als Vorbild für die Bearbeitung anderer Konflikte
- Siehe auch
- Literatur
- Weblinks
- Einzelnachweise

Vorgeschichte

Erste Anregungen zu einer „Europäischen Sicherheitskonferenz“ gab es bereits in den 1950er Jahren. Am 5. Juli 1966 gab es bei der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses (PBA) des Warschauer Paktes in Bukarest in der „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ den Vorschlag der Einberufung einer „Konferenz über Fragen der Europäischen Sicherheit“. Die Konferenz sollte vor allem zur Auflösung der bestehenden Allianzen beitragen und die USA – als nicht-europäischen Staat – aus Europa verdrängen. Vom 24. bis 26. April 1967 tagte eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in [Karlsbad](#) und unterstützten auch in der „Karlsbader Erklärung“ über Frieden und Sicherheit in Europa die Position zur Schaffung eines Systems zur kollektiven Sicherheit. Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die ČSSR im August 1968 führte wieder zu einer Verschärfung der Lage. Am 17. März 1969 folgte der „Budapester Appell“ des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes zur Einberufung einer „Gesamteuropäischen Konferenz“. Am 11. April 1969 erklärten die NATO-Minister in Washington sich bereit, mit den osteuropäischen Staaten Themen für Verhandlungen zu erörtern, und alle Regierungen mit politischer Verantwortung in Europa müssten daran teilnehmen. Am 9. Mai 1969 folgte ein Memorandum der finnischen Regierung mit dem Angebot, die Konferenz und die Vorbereitungstreffen in Helsinki abzuhalten. Am 1. März 1971 gab es ein erstes Treffen des „Unterausschusses KSZE“ des Politischen Komitees im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)

der Staaten der Europäischen Gemeinschaften in Paris. Am 10. Dezember 1971 erklärten sich die NATO-Minister in Brüssel bereit zu multilateralen KSZE-Verhandlungen bei Abschluss des Viermächteabkommens über Berlin.

Im Zuge der weltweiten Entspannungspolitik sowie nach Inkrafttreten der Ostverträge und des Grundlagenvertrages Anfang der 70er Jahre wuchs dann in Ost und West das Interesse an einer weitreichenden Verständigung.

Vorbereitungen und erste KSZE-Konferenz in Helsinki

Die Verhandlungen über die KSZE-Schlussakte gliederten sich in zwei Phasen. Am 22. November 1972 trat in Helsinki die erste Vorbereitungskonferenz zusammen. Auf Botschafterebene verhandelten die beteiligten Staaten über die Struktur des Schlussdokumentes und über die Arbeitsweise der eigentlichen Konferenz. Bei diesen Vorverhandlungen gelang es sowohl dem **Ostblock** als auch dem **Westen**, die jeweils für sie bedeutsamen Themen, vor allem die Unveränderlichkeit der Grenzen, respektive Menschenrechte und Freizügigkeit, als Themen für die Hauptverhandlungen festzulegen. Die Vorbereitungskonferenzen gliederten sich in vier Runden:

Vorbereitungskonferenzen
28. November 1972 bis 15. Dezember 1972
15. Januar 1973 bis 9. Februar 1973
28. Februar 1973 bis 6. April 1973
25. April 1973 bis 8. Juni 1973

Schließlich wurde als 2. Phase die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 3. Juli 1973 in Helsinki eröffnet. An der Konferenz nahmen die sieben Staaten des Warschauer Vertrages, 13 neutrale Länder und die 15 NATO-Staaten teil. Albanien war nicht vertreten. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik nahmen gleichberechtigt an der KSZE teil. Für die SED-Regierung war dies ein wichtiger Schritt zur internationalen Anerkennung. Der DDR ging es vor allem um die Anerkennung des Status quo in Europa und um die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Die Menschenrechte wurden jedoch auch nach Unterzeichnung der Schlussakte nicht beachtet. Deshalb sprach sich die CDU/CSU-Opposition im Bundestag gegen die KSZE aus. Für sie täuschten die Beschlüsse von Helsinki nur über die Wirklichkeit hinweg.

Die Beteiligung der USA und Kanadas erfolgte auf ausdrücklichen Wunsch der Staaten der Europäischen

Gemeinschaft (EG). Die Verhandlung über den eigentlichen Text der Schlussakte begann mit einer Konferenz der Außenminister der beteiligten Staaten vom 3. bis 7. Juli. Die Kommissionsphase der KSZE in Genf begann am 18. September 1973. Bei den Hauptverhandlungen wurde vor allem um die Frage des Verhältnisses zwischen dem Prinzip der staatlichen **Souveränität** und des Rechtes der Individuen auf **Freizügigkeit** und freien Zugang zu Informationen gerungen. Aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland zählte auch das Offenhalten der Möglichkeit für friedliche Grenzänderungen mit Hinblick auf eine angestrebte **Wiedervereinigung** mit der DDR zu den zentralen Verhandlungsgegenständen. Nach teilweise sehr zähen Verhandlungen einigten sich alle Staaten im Mai 1975 auf Kompromissformeln zu allen strittigen Bereichen, die den Weg zur Unterzeichnung der Schlussakte freimachten. (1)

Schlussakte von Helsinki

Bis zum Abschluss der Verhandlungen achteten Diplomaten darauf, dass Menschenrechtsgruppen die Abmachungen nicht gefährdeten. Beispielsweise hatte die Sowjetunion verlangt, dass die Unterdrückung nicht-russischer Völker in der Sowjetunion nicht zur Sprache kommen dürfe. Als das Baltic World Council und die Weltvereinigung Freier Letten das Gipfeltreffen in Helsinki 1975 nutzen wollten, um auf die seit 1944/1945 dauernde Besetzung Estlands, Lettlands und Litauens hinzuweisen, verlangte die sowjetische Delegation von der finnischen Regierung die Verhaftung dieser „Unruhestifter“. Die finnische Regierung beugte sich und ließ die Vertreter der beiden Organisationen bei der Ankunft verhaften.[2] In Finnland und in Schweden standen ihre Verhaftung und ihre Freilassung nach einer Intervention des State Department mehr im Mittelpunkt des Medieninteresses als die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte. (2)

Nach zweijährigen Verhandlungen vom 18. September 1973 bis zum 21. Juli 1975 in Genf wurde am 1. August 1975 die KSZE-Schlussakte in Helsinki unterschrieben. Die unterzeichnenden Staaten verpflichteten sich in dieser Absichtserklärung zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Außerdem wurde die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt vereinbart. In Folgekonferenzen sollte die Umsetzung der KSZE-Schlussakte in den einzelnen Staaten geprüft werden.

Die Schlussakte von Helsinki ist kein völkerrechtlicher Vertrag, sondern eine selbstverpflichtende Aussage der Staaten. In ihr wurden Vereinbarungen über die Menschenrechte, die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt, Sicherheitsfragen sowie Fragen der Zusammenarbeit in humanitären Angelegenheiten getroffen. Ziel war es, Ost und West in Europa zu einem geregelten Miteinander zu verhelfen.

Das Dokument ist in vier Abschnitte gegliedert:

Abschnitt 1 behandelt „Fragen der Sicherheit in Europa“, gegliedert in eine Erklärung von zehn Leitprinzipien der

Beziehungen der Teilnehmerstaaten und deren Erläuterung sowie ein Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich. Die zehn Prinzipien waren:

1. Souveräne Gleichheit, Achtung der Souveränität innewohnenden Rechte
2. Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt
3. Unverletzlichkeit der Grenzen
4. Territoriale Integrität der Staaten
5. Friedliche Regelung von Streitfällen
6. Nichteinmischung in innere Angelegenheiten
7. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit
8. Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker
9. Zusammenarbeit zwischen den Staaten
10. Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben

Abschnitt 2 behandelt die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt

Abschnitt 3 beschäftigt sich mit Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum; hierzu waren in der zweiten Konferenzphase Ansichten und Vorschläge der nicht an der Konferenz teilnehmenden Mittelmeer-Anrainer Algerien, Ägypten, Israel, Marokko, Syrien und Tunesien gehört worden.

Abschnitt 4 schließlich behandelt Grundsätze der Zusammenarbeit in humanitären und kulturellen Bereichen.

Außerdem enthält die Schlussakte eine Präambel sowie einen Schlussteil mit dem Titel „Folgen der Konferenz“, der die Willensbekundung der Teilnehmerstaaten zur Anwendung der Konferenzbeschlüsse enthält sowie die Verabredung zur Fortsetzung des Konferenz-Prozesses in Nachfolgekonferenzen.

Das Dokument zu vertrauensbildenden Maßnahmen in Abschnitt 1 enthielt konkrete sicherheitspolitische Vereinbarungen. Hierzu gehörte die Ankündigung von Manövern ab 25.000 Soldaten mindestens 21 Tage im Voraus und die Einladung von Beobachtern zu diesen Manövern. Nicht Gegenstand der KSZE-Verhandlungen waren konkrete Abrüstungsvereinbarungen. Diese wurden parallel bei den MBFR-Verhandlungen in Wien diskutiert und 1989 nach 16 Jahren ergebnislos abgebrochen.

Folgen der Konferenz

Die Konferenz war von einem Tauschgeschäft geprägt: Für den Ostblock brachte sie die Anerkennung der Grenzen der Nachkriegsordnung und einen stärkeren wirtschaftlichen Austausch mit dem Westen. Im Gegenzug machte der Osten Zugeständnisse bei den Menschenrechten.

Unmittelbar nach der Konferenz galt in den Augen vieler Beobachter der Ostblock als eigentlicher Gewinner der Konferenz, da erstmals die Grenzen der osteuropäischen Staaten (insbesondere Polens und der DDR) in einem internationalen Vertrag anerkannt wurden, das Prinzip der „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten festgeschrieben und auch die Grundlagen für (vom RGW-Raum gewünschte) Wirtschaftsbeziehungen geschaffen wurden.

Erst später zeigte sich, dass das Kapitel VII der Schlussakte („Achtung der Menschenrechte und

Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“),

dass von den RGW-Staaten wohl zunächst nicht ernst genommen worden war, ein größeres Gewicht besaß. Er gab den Anstoß für die Gründung zahlreicher „Helsinki-Gruppen“ in der Sowjetunion, darunter die Moskauer Helsinki-Gruppe, die Ukrainische Helsinki-Gruppe, die litauische Helsinki-Gruppe, die lettische Helsinki-Gruppe, die estnische Helsinki-Gruppe und die georgische Helsinki-Gruppe. Kapitel VII wurde zur Grundlage für die Arbeit vieler osteuropäischer Dissidenten und Menschenrechtsorganisationen. Dazu zählen zum Beispiel die Bürgerrechtsbewegung in der DDR, die Charta 77 in der ČSSR, Solidarność in Polen oder Human Rights Watch, die sich auf die Akte von Helsinki beriefen. Sie trugen zum Zusammenbruch des Ostblocks bei, so dass die KSZE maßgeblich zum Ende des Ost-West-Konflikts beitrug. (3)

KSZE-Folgekonferenzen

Belgrad 1977–1978

Vom 15. Juni bis 5. August 1977 begannen die Vorbereitungstreffen für das KSZE-Folgetreffen, darunter auch Gespräche vom 20. Juni bis 28. Juli 1977 für das „Wissenschaftliche Forum“ der KSZE in Bonn. Das erste Folgetreffen der KSZE vom 4. Oktober 1977 bis zum 9. März 1978 in Belgrad war allerdings praktisch ergebnislos. Die Sowjetunion rief weiterhin zur Entspannung in den Ost-West-Beziehungen auf, schränkte aber ihre interventionistische Politik auf anderen Gebieten nicht ein. Ein KSZE-Expertentreffen über friedliche Streitschlichtung fand vom 31. Oktober bis 1. Dezember 1977 in Montreux statt. Ein weiteres KSZE-Expertentreffen über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum wurde vom 13. Februar bis 26. März 1979 in Valletta abgehalten.

Neun Monate nach dem Abschluss der ersten KSZE-Folgekonferenz 1978 gab es einen Rückschlag im KSZE-

Prozess durch den NATO-Doppelbeschluss und die sowjetische Invasion im Nachbarland Afghanistan.

Madrid 1980–1983

Vom 18. Februar bis 23. März 1980 tagte das „Wissenschaftliche Forum“ der KSZE in Hamburg. Vom 9. September bis 10. November 1980 begannen die Vorbereitungstreffen für das KSZE-Folgetreffen ab 11. November 1980 in Madrid. Die westlichen Teilnehmerstaaten der KSZE brachten die Ereignisse in Afghanistan auf die Tagesordnung. Auch die Ausrufung des Kriegszustandes in Polen am 13. Dezember 1981 und die Behandlung politischer Dissidenten in der Sowjetunion, die sich auf die Schlussakte von Helsinki beriefen, wurden während des Konferenzzeitraums ein Thema, so dass am 12. März 1982 die KSZE-Verhandlungen abgebrochen und erst am 9. November 1982 fortgeführt wurden. Wichtigstes Abschlussergebnis war dann bei der Schlusskonferenz am 9. September 1983 in Madrid schließlich im Korb I ein Übereinkommen zu einem Mandat für eine „Konferenz über Sicherheits- und Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE)“ mit Verhandlungsbeginn im Januar 1984 in Stockholm. Durch das Scheitern der INF-Verhandlungen (Intermediate Range Nuclear Forces, nukleare Mittelstreckenwaffen) im November 1983 wurde auch der KSZE-Prozess schwer belastet. Vom 21. März bis 30. April 1984 fand erneut ein KSZE-Expertentreffen über friedliche Streitschlichtung in Athen statt. Ein KSZE-Treffen über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum tagte vom 16. bis 26. Oktober 1984 in Venedig.

KVAE: Stockholm 1984–1986

Die Vorbereitungstreffen zur Konferenz über Sicherheits- und Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) begannen hierzu ab 25. Oktober 1983 in Helsinki und der Beginn der Konferenz war am 17. Januar 1984 in Stockholm, als ein neues Forum für den Sicherheitsdialog in Europa und integraler Bestandteil des Prozesses der KSZE-Teilnehmerstaaten. Entsprechend dem Mandat des 2. KSZE-Folgetreffens von Madrid vom 6. September 1985 wurden in der ersten Phase „Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM)“ vereinbart, die militärisch bedeutsam, politisch verbindlich und angemessen verifizierbar waren und als Anwendungsgebiet ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural umfasste. Bis zum 3. KSZE-Folgetreffen in Wien sollten die Treffen der KVAE abgeschlossen sein.

Am 19. September 1986 wurde die KVAE mit einem Schlusssdokument beendet, in dem die vertrauensbildenden Maßnahmen aus der Schlussakte von Helsinki weiter ausgebaut wurden. Die Ankündigungen kleinerer Manöver und die Einladung von Manöverbeobachtern der Gegenseite wurden zur Pflicht. Zur Überprüfung der Einhaltung der Vereinbarungen konnten nun auch Inspektionen zu Land und aus der Luft bereits 36 Stunden nach der Ankündigung eingesetzt werden. Eine Ablehnung durch das betroffene Land war nicht möglich.

1985 wurden außerdem die INF-Verhandlungen wieder

aufgenommen und führten im Dezember 1987 zu einem bedeutenden Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion zur weltweiten Beseitigung aller amerikanischen und sowjetischen landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen. Der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan 1989 führte weiterhin zur Entspannung. Wien 1986–1989 und Charta von Paris 1990

Vom 21. November bis 4. Dezember 1984 gab es ein KSZE-Vorbereitungstreffen für ein Kulturforum im Herbst 1985 in Budapest zur Erörterung der kulturellen Aspekte des KSZE-Prozesses. Dieses wich

vom traditionellen Rahmen der KSZE-Treffen ab: nicht ausschließlich Regierungsvertreter der einzelnen Länder, sondern Künstler und andere Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben nahmen

daran teil. Gerade sie beeinflussten maßgeblich Themen und Verlauf der Diskussion. Vom 23. April

bis 17. Juni 1984 gab es in Bezug auf Korb III ein KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und

Grundfreiheiten in Ottawa und vom 2. April bis 26. Mai 1986 ein Expertentreffen über menschliche

Kontakte in Bern. Das KSZE-Informationsforum tagte vom 26. April bis zum 10. Mai 1989 in London. Vom 23. September bis 6. Oktober 1986 begannen die Vorbereitungstreffen zur 3. KSZE-Folgekonferenz in Wien. Die Folgekonferenz begann im November 1986 und endete am 19. Januar 1989. Von Mai bis zum 23. Juni 1989 gab es in Paris ein Expertentreffen zur

menschlichen Dimension der KSZE. Vom 23. September bis zum 19. Oktober 1989 tagte in Palma erneut die KSZE-Expertenkonferenz über Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Vom 19. März bis 11. April 1990 tagte die KSZE-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn. Vom 5. bis 28. Juni 1990 folgte in Kopenhagen ein Expertentreffen über die Menschliche Dimension der KSZE.

Mit der Charta von Paris auf dem Gipfeltreffen vom 19.–21. November 1990 wurde der Ost-West-Konflikt auf der normativen Ebene beendet. Damit hatte die KSZE ihre bisherige Funktion verloren. Auf dem KSZE-Gipfeltreffen in Paris wurde auch der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) von 22 Regierungschefs der NATO- und Warschauer Pakt-Staaten unterzeichnet. Dieser führte bis November 1995 zu einer Reduzierung von mehr als 50.000 angriffsfähigen konventionellen Waffensystemen in den Kategorien Kampfpanzer, gepanzerter Schützenpanzer, Artilleriesysteme, Angriffshubschrauber und Kampfflugzeuge in Europa. Anfang der 1990er Jahre bildete die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) damit eine zentrale Rolle bei der Neugestaltung der gesamteuropäischen Sicherheit, was einem Bedürfnis der neuen Demokratien in Ostmitteleuropa, aber auch von Deutschland und der Sowjetunion (später Russland) entsprach. Die Unterzeichner der Charta von Paris beschlossen, einen mindestens jährlich tagenden Rat ihrer Außenminister als zentrales Forum

einzurichten. Laut Zusatzdokument zur Charta habe der Ausschuss Hoher Beamter die Arbeit des Rates vorzubereiten, seine Beschlüsse auszuführen und die Kostenwirksamkeit der Institutionen, Tätigkeiten und des Personals der KSZE zu überwachen. Ab 22. November 1990 galt folgender Verteilerschlüssel zur Beteiligung der Teilnehmerstaaten an den Kosten:

je 9,10 %: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Sowjetunion und die USA 5,50 %: Kanada

je 3,60 %: Belgien, Niederlande, Polen, Schweden und Spanien

je 2,10 %: Dänemark, Finnland, Norwegen, Österreich, Schweiz, Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ČSFR) und Ungarn

je 0,83 %: Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, Türkei

je 0,62 %: Bulgarien, Irland, Luxemburg und Portugal

je 0,20 %: Heiliger Stuhl, Island, Liechtenstein, Malta, Monaco, San Marino und Zypern. (4)

Moskauer Mechanismus 1991

Es bestand seit 1991 die Möglichkeit, zur Überwachung der Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte auf Antrag von mindestens zehn Teilnehmerstaaten (5) unabhängige Experten einzusetzen, wobei das betroffene Land eigene Experten hinzu abordnen konnte. Der Mechanismus wurde von 1991 bis 2018 insgesamt sieben Mal in Gang gesetzt. So wurde der Mechanismus im Jahr 2010 wegen Grundrechtsbeschränkungen in Belarus aktiviert. (6) Im Jahr 2018 wurden auf Antrag von 16 Ländern die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien untersucht. (7)

Helsinki 1992

Vom 15. Januar bis 5. Februar 1991 gab es erneut ein Treffen über friedliche Streitbeilegung in Valletta. Vom 28. Mai bis 7. Juni 1991 gab es ein Symposium in Krakau über das kulturelle Erbe. Am 14. und 15. November 1991 gab es ein Expertentreffen über demokratische Institutionen in Oslo. Am 10. März 1992 folgten die Vorbereitungstreffen und das vierte KSZE-Folgetreffen begann am 24. März 1992 in Helsinki. Die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs unterzeichneten am 10. Juli 1992 das sogenannte Helsinki-Dokument. Es enthält die Erklärung, dass sich die KSZE als eine Regionale Abmachung gemäß Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen versteht. Sie ist die Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der KSZE. Zu den wichtigsten Ergebnissen des Gipfeltreffens gehört das Instrumentarium zur Frühwarnung, Konfliktverhütung durch das neu eingerichtete „Konfliktverhütungszentrum (KVZ)“ in Wien und Krisenbewältigung einschließlich der Möglichkeit friedenserhaltender Maßnahmen. Zudem wurden die bis dahin in getrennten Bereichen geführten

Rüstungskontrollverhandlungen zusammengefasst und das „KSZE-Forum für Sicherheitskooperation (FSK)“ in Wien mit einem neuen Mandat für die Rüstungskontrolle in Europa wird am 22. September 1992 eingerichtet.

Budapest 1994 und Umbenennung in OSZE

→ Hauptartikel: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Vom 30. November bis 1. Dezember 1993 gab es das vierte Treffen des Rates der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten in Rom. Am 26. Mai 1994 folgte in Paris eine Konferenz für Stabilität in Europa und am 8. Juli 1994 tagte die Parlamentarische Versammlung der KSZE in Wien.

Am 28. November 1994 verabschieden die KSZE-Staaten nach fünfjährigen Verhandlungen das Wiener Dokument 1994 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen. Das Dokument enthält einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen über den jährlichen Austausch detaillierter Informationen über Streitkräfte, zur Verminderung von Risiken, gegenseitige Kontakte auf militärischem Gebiet, der Ankündigung und Beobachtung militärischer Aktivitäten, der Verifikation und Kommunikation sowie jährlicher Treffen zur Beurteilung der Durchführung. Ebenfalls beschlossen wurde der Weltweite Austausch militärischer Informationen. Beim KSZE-Gipfeltreffen am 5. und 6. Dezember 1994 in Budapest wurde beschlossen, die KSZE in eine Organisation umzuwandeln, die mit Wirkung vom 1. Januar 1995 als Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) fortgeführt wird.

KSZE-Teilnehmerstaaten 1971/1973 bis 1994

Die KSZE-Teilnehmerstaaten und das Datum des Beitritts⁽¹⁾

Staat	Beitritt	Schlussakte Helsinki unterzeichnet	von Pariser Charta unterzeichnet
 Albanien	19. Juni 1991	16. September 1991	17. September 1991
 Armenien	30. Januar 1992	8. Juli 1992	17. April 1992
 Aserbaidschan	30. Januar 1992	8. Juli 1992	20. Dezember 1993
 Belarus	30. Januar 1992	26. Februar 1992	8. April 1993
 Belgien	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Bosnien und Herzegowina	30. April 1992	8. Juli 1992	
 Bulgarien	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Dänemark	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Deutschland (Bundesrepublik)	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Estland	10. September 1991	14. Oktober 1992	6. Dezember 1991
 Finnland	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990

 Frankreich	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Georgien	24. März 1992	8. Juli 1992	21. Januar 1994
 Griechenland	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Heiliger Stuhl	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Irland	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Island	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Italien	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Kanada	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Kasachstan	30. Januar 1992	8. Juli 1992	23. September 1992
 Kirgisistan	30. Januar 1992	8. Juli 1992	3. Juni 1994
 Kroatien	24. März 1992	8. Juli 1992	
 Lettland	10. September 1991	14. Oktober 1991	6. Dezember 1991
 Liechtenstein	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Litauen	10. September 1991	14. Oktober 1991	6. Dezember 1991
 Luxemburg	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Malta	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Moldau	30. Januar 1992	26. Februar 1992	29. Januar 1993
 Monaco	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Niederlande	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Norwegen	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Österreich	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Polen	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Portugal	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Rumänien	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Russland ab 30. Januar 1992 als Nachfolgestaat der  Sowjetunion	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 San Marino	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990

 Schweden	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Schweiz	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Serbien als Rechtsnachfolger von  Jugoslawien	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Slowakei	1. Januar 1993		
 Slowenien	24. März 1992	8. Juli 1992	8. März 1993
 Spanien	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Tadschikistan	30. Januar 1992	26. Februar 1992	
 Tschechien	1. Januar 1993		
 Türkei	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Turkmenistan	30. Januar 1992	8. Juli 1992	
 Ukraine	30. Januar 1992	26. Februar 1992	16. Juni 1992
 Ungarn	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Usbekistan	30. Januar 1992	26. Februar 1992	27. Oktober 1993
 Vereinigtes Königreich	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Vereinigte Staaten	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Zypern	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
Staat	Beitritt	Schlussakte Helsinki unterzeichnet	von Pariser Chartaunterzeichnet
 Deutsche Demokratische Republik	25. Juni 1973	1. August 1975	
 Jugoslawien	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990
 Tschechoslowakei	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990, als Tschechische und Slowakische Föderative Republik (ČSFR)
 Sowjetunion	25. Juni 1973	1. August 1975	21. November 1990

KSZE als Vorbild für die Bearbeitung anderer Konflikte

Die KSZE gilt als erfolgreiches System zur Entspannung und Bearbeitung zwischenstaatlicher Konflikte. 2002 schlug der ehemalige Bundesaußenminister **Klaus Kinkel** die Einrichtung einer „KSZ-Nahost“ unter Beteiligung regionaler Mächte für den **israelisch-palästinensischen Konflikt** vor. Eine solche Initiative müsse von der **Europäischen Union** ausgehen.^[9] 2014, vor dem Hintergrund des **Kriegs in Syrien** und wachsender Spannungen im **Persischen Golf**, insbesondere

zwischen **Saudi-Arabien** und **Iran**, forderte der damals amtierende Bundesaußenminister **Frank-Walter Steinmeier**, die KSZE zum Vorbild zu nehmen. Die Formel von Helsinki sei „echte Sicherheit miteinander statt trügerischer Sicherheit voreinander, und das auf der Grundlage langsam wachsenden gegenseitigen Vertrauens.“ **(10)** In einem Konzeptpapier der **Bertelsmann Stiftung** 2015 entwarfen die Politikberater **Christian-Peter Hanelt** und **Christian Koch** Grundlagen einer „KSZ-Golf“, die als „Sicherheitsnetz“ fungieren könnte, falls etwa die **Nuklearverhandlungen mit Iran** scheitern sollten. **(11), (12)**

Siehe auch

- [Kommission über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa](#), eine US-Behörde, welche die Einhaltung der Schlussakte von Helsinki überwacht und vorantreibt
- [Österreich im KSZE-Prozess](#)

Literatur

- Michael Cotey Morgan: *The Final Act: The Helsinki Accords and the Transformation of the Cold War*. Princeton University Press, Princeton 2018, ISBN 978-0-691-17606-2.
- Yuliya von Saal: *KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion. Demokratisierung, Werteumbruch und Auflösung 1985-1991*. Oldenbourg, München 2014, ISBN 978-3-486-70510-2.
- Matthias Peter, Hermann Wentker (Hrsg.): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt: Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*. Oldenbourg, München 2012, ISBN 978-3-486-71693-1.
- **Oliver Bange, Gottfried Niedhart** (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*. New York 2008, ISBN 978-1-84545-491-3.
- Kurt P. Tudyka: *Die OSZE – Besorgt um Europas Sicherheit. Kooperation statt Konfrontation*. Hamburg 2007, ISBN 978-3-939519-03-4.
- Kurt P. Tudyka: *Das OSZE-Handbuch*. 2. Auflage. Opladen 2002, ISBN 3-8100-2891-6.
- **Peter Schlotter**: *Die KSZE im Ost-West-Konflikt: Wirkung einer internationalen Institution*. (Studien der Hess. Stiftung Friedens- u. Konfliktforschung). 1998, ISBN 3-593-36122-1.
- **Wilfried von Bredow**: *Der KSZE-Prozess*. Darmstadt 1992, ISBN 3-534-10993-7.
- **Hans-Peter Schwarz**: *Zwischenbilanz der KSZE*. Stuttgart 1977, ISBN 3-512-00490-3.
- **Wilfried Loth**: *Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung*. München 1998, ISBN 3-423-30614-9.
- **Norbert Ropers, Peter Schlotter**: *Die*

- *KSZE*. Bonn 1992, ISBN 3-927626-18-X.
- Auswärtiges Amt (Hrsg.): *Das KSZE-Kulturforum in Budapest*. Dokumentation. (Reihe: Berichte und Dokumentationen). Bonn 1986, DNB 210307927.
- *KSZE Helsinki 1975: Genutzte Möglichkeiten und verpasste Chancen. Beiträge einer Wissenschaftlichen Konferenz zu Ehren von Prof. Dr. Stefan Doernberg.* (= Pankower Vorträge 21), Helle Panke, Berlin 2000.

Weblinks

Commons: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

1. Text der Schlussakte von Helsinki (PDF; 168 kB)
2. Bundesarchiv: Die Gespräche Schmidt – Honecker auf dem KSZE-Gipfeltreffen in Helsinki, 1975
3. *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* in der Archivdatenbank des *Schweizerischen Bundesarchivs*
4. Andrea Kath: *01.08.1975 - Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte*. WDR *ZeitZeichen* vom 1. August 2015 (Podcast, 14:15 min).

Einzelnachweise (Fußnoten):

1. Philipp Rock: *Macht, Märkte und Moral – Zur Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren*. Peter Lang, Frankfurt a. M. 2010, ISBN 978-3-631-59705-7, S. 221–238.
2. Falk Lange: *Die baltischen Staaten und die KSZE*. In: *Osteuropa*, Jg. 44 (1994), S. 232–241, hier S. 232.
3. Reinhard Vesper: *Unerwartete Spätfolgen: „Helsinki“ hat maßgeblich zum Zerfall der kommunistischen Regime beigetragen*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. August 2015, S. 8.
4. Deutscher Bundestag: *Charta von Paris*, S. 11 zur Einrichtung des Rates, S. 14 Institutionelle Regelungen A. Rat, B. Ausschuss Hoher Beamter, S. 22 Kostenverteilung. Zum inzwischen so genannten *Ministerrat der OSZE* s. a. ihre Homepage
5. *Zur Rolle der OSZE in Zentralasien*, bpb, 19. Januar 2006
6. OSZE Jahresbericht 2011

7. OSZE aktiviert erstmals Moskauer Mechanismus für LGBTIQ*, Blu.fm, 3. November 2018
8. Karte und Liste der OSZE-Teilnehmerstaaten (Memento des Originals vom 19. April 2015 im *Internet Archive*) **Info:** Der Archivlink wurde automatisch eingesetzt und noch nicht geprüft. Bitte prüfe Original- und Archivlink gemäß *Anleitung* und entferne dann diesen Hinweis. auf: *osze-powis.npage.de* (abgerufen am: 31. Mai 2012).
9. *Eine KSZE für den Nahen Osten | Internationale Politik*. Abgerufen am 19. April 2020.
10. *Steinmeier im Tagesspiegel: Eine KSZE für den Nahen Osten*. Abgerufen am 19. April 2020.
11. Christian-Peter Hanelt, Christian Koch: *Mehr Frieden und Sicherheit in Nahost durch eine KSZ-Golf*. In: *Spotlight Europe 2015 / 02*. Bertelsmann Stiftung, 2015, abgerufen am 19. April 2020.
12. *Drei Körbe für die Streithähne Iran und Saudi-Arabien*. 25. Juni 2015, abgerufen am 19. April 2020.

Quelle:

https://de.wikipedia.org/wiki/Konferenz_über_Sicherheit_und_Zusammenarbeit_in_Europa

Hier eingereicht von: Oskar Lehmann

VI. Westliche Zusagen, die Nato nicht nach Osten zu erweitern: Fakt oder Fiktion?

Wer trägt die Schuld an der gegenwärtigen Krise in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen und am Konflikt um die Ukraine?

Wie konnte sich eine Situation entwickeln, die in ihrer Regellosigkeit und infolgedessen Unberechenbarkeit vielleicht gefährlicher ist als die Krisen im Kalten Krieg?

Nicht nur nach offizieller russischer Darstellung, sondern auch nach so mancher amerikanischer und europäischer Auffassung trügen die USA und ihre europäischen Verbündeten die Hauptschuld an der Krise. An der Wurzel des Konflikts liege die Nato-Ost-→Erweiterung – zentraler Bestandteil einer umfassenden Strategie, die Ukraine aus der

russischen Einflussphäre herauszubrechen und in den Westen einzubinden. Dazu kamen die EU-Ost-Erweiterung und die Unterstützung der Demokratiebewegung in der Ukraine durch den Westen, beginnend mit der „Orangenen Revolution“ 2004. Das Fass zum Überlaufen brachte der unrechtmäßige Sturz des demokratisch gewählten prorussischen Präsidenten der Ukraine mittels eines Staatsstreiches. Als Reaktion darauf annektierte Russland die Halbinsel Krim, auf der die Nato in Sewastopol, wie Putin in seiner Rechtfertigung der militärischen Intervention vorgab, eine Marinebasis aufbauen wollte. (1) Diese Darstellung hat eine starke moralische Dimension. Dem Westen wird Wortbruch vorgeworfen.

Die Nato-Osterweiterung habe gegen Verpflichtungen verstoßen, die europäische und amerikanische Politiker und die Nato 1990 in den Verhandlungen zur deutschen Einheit übernommen hätten. Der Sowjetunion unter Staatspräsident Michail Gorbatschow, dem letzten Generalsekretär der KPdSU, sei versprochen worden, dass die westliche Allianz sich nicht über die Grenzen der ehemaligen DDR hinaus nach Osten ausdehnen würde, wenn Moskau einer Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands zur Nato zustimmen würde.

Die Verhandlungen 1990

Als Kronzeuge für die Zusicherungen könnte Gorbatschow dienen. So hat er beispielsweise im April 2009 behauptet: Bundeskanzler Helmut Kohl, US-Außenminister James Baker und andere sicherten mir zu, dass die Nato sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde. Daran haben sich die Amerikaner nicht gehalten, und den Deutschen war es gleichgültig. Vielleicht haben sie sich sogar die Hände gerieben, wie toll man die Russen über den Tisch gezogen hat. Was hat es gebracht? Nur, dass die Russen westlichen Versprechungen nun nicht mehr trauen. (2)

Gorbatschows Behauptung, ihm sei versichert worden, die Nato würde sich „keinen Zentimeter nach Osten“ bewegen, geht offensichtlich auf Formulierungen des damaligen amerikanischen Außenministers James Baker zurück. Baker hatte in einem Gespräch mit Gorbatschow gesagt, falls Deutschland Teil der Nato bliebe, „die Rechtshoheit der Nato auf Nato-Streitkräfte nicht einen Zoll nach Osten ausgedehnt würde“. (3) Ähnlich erklärte Jack Matlock, 1990 amerikanischer Botschafter in Moskau, in einer Anhörung im amerikanischen Kongress, Gorbatschow hätte von den USA eine „klare Verpflichtung“ erhalten, dass „falls Deutschland sich vereinigt und in der Nato bleiben würde, die Grenzen der Nato sich nicht ostwärts bewegen würden“. (4)

Ein Vermerk des Auswärtigen Amtes zu einem Gespräch zwischen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem sowjetischen Kollegen Eduard Schewardnadse vom 10. Februar 1990 stellt entsprechend fest:

BM [Bundesminister]: Uns sei bewusst, dass die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur Nato komplizierte Fragen aufwerfe. Für uns stehe aber fest: Die Nato werde sich nicht nach Osten ausdehnen. (5)

Da es in dem Gespräch vor allem um die DDR ging, soll Genscher ausdrücklich hinzugefügt haben:

„Was im Übrigen die Nichtausdehnung der Nato an betreffe, so gelte dieses ganz generell.“ (6)

Der Vermerk stellt letzten Endes Genschers konsequente Übermittlung der so genannten „Tutzing-Formel“ an Schewardnadse dar. Am 31. Januar 1990 hatte er in der Evangelischen Akademie in Tutzing von der Nato gefordert, sie möge eindeutig erklären, „was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des Nato-Territoriums nach Osten, das heißt, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben“. (7) Diese Sicherheitsgarantie sei für die Sowjetunion bedeutsam, denn der Wandel in Osteuropa und der deutsche Vereinigungsprozess dürften „nicht zu einer Beeinträchtigung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen“. Genscher führte zudem aus, das Gebiet der DDR solle nicht in die militärischen Strukturen der Nato einbezogen werden – da dies wegen zu erwartender Widerstände der Sowjetunion die Einigung blockieren würde. (8)

Die hochbrisante politische und moralische Dimension des Wortbruchs hat Vladimir Putin unter anderem in seiner Rede auf der 43. Münchner Internationalen Sicherheitskonferenz am 9. Februar 2007 zum Ausdruck gebracht. (9) Er stellte die Nato-Osterweiterung in den Kontext des adaptierten Vertrags über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) und behauptete, während Russland seine in Georgien verbliebenen Truppen abziehe („sogar im Eiltempo“) und in der Republik Moldau nur noch eine militärische Gruppierung von anderthalb Tausend Mann beließe, die lediglich „friedensfördernde Aufgaben erfüllen“, verstärke die Nato ihr militärisches Potenzial. In Bulgarien und Rumänien entstünden so genannte leichte amerikanische Vorposten-Basen mit jeweils 5.000 Mann. Die Nato, klagte er, bringe also „ihre Stoßkräfte immer dichter an unsere Staatsgrenzen heran“. Zudem sei es offensichtlich, dass der Prozess der Nato-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hatte. Im Gegenteil, er ist eine ernste Provokation, die das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt.

Putin weiter:

Nun haben wir das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach [sic] dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben? Wo sind jetzt diese Erklärungen? An sie erinnert man sich nicht einmal mehr. Doch ich erlaube mir, vor diesem Auditorium daran zu erinnern, was gesagt wurde. Ich möchte ein Zitat von einem Auftritt des Generalsekretärs der Nato, Herrn Wörner, am 17. Mai 1990 in Brüssel bringen. Damals sagte er: „Schon die Tatsache, dass wir bereit sind, die Nato-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“ Wo sind diese Garantien?

Wo sind diese „Garantien“?

Zu dieser Darstellung ist erstens zu sagen, dass es unzulässig ist, amerikanische „Vorposten-Basen“ als Teil der Nato-Osterweiterung anzusehen. Im Gegensatz zum Eindruck, den

die russische Propaganda zu erwecken versucht, sind die USA und Nato nicht identisch. Zweitens können diese „Stoßkräfte“ nicht im Geringsten als für Offensivoperationen gegen Russland geeignet angesehen werden. Dies ist nicht zuletzt deswegen der Fall, weil die Basen für Einsätze im Nahen und Mittleren Osten vorgesehen waren. Drittens ist Russland mehr als 1.000 Kilometer Luftlinie von Rumänien und Bulgarien entfernt, sodass das „immer dichtere Heranrücken der Nato an Russlands Staatsgrenzen“ schon eine etwas befremdliche Vorstellung ist. Viertens wirft Putin bei seiner Darstellung der Nato „Garantien“ der Nichterweiterung nach Osten das Jahr der Verhandlungen über die Vereinigung Deutschlands, also 1990, mit der Zeit „nach dem Zerfall des Warschauer Pakts“ – ein Ereignis, das am 1. Juli 1991 stattfand – in einen Topf. Die Information, welche westlichen Regierungsvertreter wann und wo Russland nach diesem Datum zugesichert hätten, dass sich die Nato nicht nach Osten erweitern würde, blieb er seinen Zuhörern schuldig. Fünftens – und am wichtigsten im vorliegenden Zusammenhang – ist es unzulässig, Zusicherungen bezüglich einer Ausdehnung von Nato-Strukturen (sowie der Stationierung von Nato-Truppen und Atomwaffen auf dem Territorium der ehemaligen DDR) einerseits und einer Erweiterung des Bündnisses östlich des vereinigten Deutschlands andererseits zu vermischen. Genau dies tut Putin.

Hingegen ist der Geltungsbereich der Zusicherungen Wörners eindeutig. Er versichert, dass Nato-Truppen nicht „jenseits des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland“ stationiert würden, wobei klar ist, dass es um den östlichen Teil Deutschlands geht, nicht um ehemalige Mitglieder des noch existierenden Warschauer Pakts. Dies wird durch einen von Putin nicht zitierten Nachsatz Wörners unterstrichen: „Wir [die Nato] könnten uns eine Übergangszeit vorstellen, in der eine verringerte Anzahl von Sowjettruppen in der heutigen DDR stationiert bleiben.“ (10) Wörners Zusicherung ist folgerichtig im Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 wie folgt aufgenommen worden: „Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.“ (11)

Die Glaubwürdigkeit von Kronzeugen für das, was 1990 vereinbart wurde, wird dadurch geschmälert, dass diese ex post facto gegensätzliche Positionen vertreten haben. Das trifft insbesondere auf Gorbatschow zu.

Im Gegensatz zu seiner oben zitierten Behauptung, es habe Zusicherungen gegeben, dass „sich die Nato keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde“, erklärte er im Oktober 2014:

Das Thema „Nato-Expansion“ wurde überhaupt nicht diskutiert, und es wurde in diesen Jahren [1989-1990] nicht aufgeworfen. Ich sage das in vollem Verantwortungsbewusstsein. Nicht ein einziges osteuropäisches Land hat diese Frage angesprochen, noch nicht einmal nachdem der Warschauer Pakt 1991 aufgehört hatte zu existieren. Westliche Führer [Staats- und Regierungschefs] haben sie auch nicht erhoben. (12)

Auch Matlock hat sich selbst berichtet. Einer russischen Zeitung erklärte er:

All diese Diskussionen 1990 hinsichtlich einer Ausweitung der Rechtshoheit der Nato fanden im Kontext dessen statt, was auf dem Gebiet der DDR geschehen sollte. Es gab ja noch den Warschauer Pakt. Niemand redete über die Nato in Bezug auf die Länder Osteuropas. Allerdings war das in den Gesprächen nicht immer klar. (13)

Diese Einschätzungen Gorbatschows und Matlocks helfen, den Nebel um die „Zusicherungen“ aufzulösen und die Tatsachen klar hervortreten zu lassen: Es hat kein Junktim, kein quid pro quo dergestalt gegeben, dass in Verhandlungen ein Zusammenhang zwischen einer westlichen Verpflichtung, die Nato nicht über die Grenzen Gesamtdeutschlands nach Osten auszudehnen, und einer Zustimmung Gorbatschows zum Verbleib Deutschlands in der Nato hergestellt worden wäre. (14) Als Genscher im Gespräch mit Schewardnadse am 10. Februar 1990 die „Tutzinger Formel“ ins Spiel brachte, hätte es für Gorbatschow die Möglichkeit gegeben, einem Junktim zuzustimmen.

Dies war aber nicht der Fall. Er schloss vorerst eine Mitgliedschaft Deutschlands in der Nato strikt aus. Noch Anfang Mai erklärte er kategorisch:

„Wir werden Deutschland nicht in die Nato lassen, und das ist das Ende der Diskussion.“ (15) Alle staatstragenden Institutionen und die Deutschlandexperten in den Ämtern waren gegen eine Mitgliedschaft. Erst auf der sowjetisch-amerikanischen Gipfelkonferenz in Washington Ende Mai-Anfang Juni stimmte Gorbatschow (zur völligen Überraschung der Teilnehmer der sowjetischen Delegation) dem Prinzip einer Mitgliedschaft Deutschlands in der Nato zu – ohne dabei die Frage der Erweiterung der Allianz über Gesamtdeutschland hinaus aufzuwerfen. Diese Tatsache wirft die Frage auf, warum es kein Junktim gab.

Gründe für das Fehlen von „Zusicherungen“ und „Garantien“

Ein erster Grund liegt darin, dass die Vorstellung, das Gebiet der DDR nicht in die militärische Struktur der Nato aufzunehmen, vor allem für die USA nicht hinnehmbar war. Wie sollte man dieses Gebiet verteidigen? Im Fall eines Angriffs würde der Bündnisfall nicht greifen, die Schutzgarantie der Nato für ganz Deutschland wäre gefährdet. Zweitens war in der Schlussakte der KSZE-Konferenz von Helsinki 1975 allen Unterzeichnerstaaten das Recht auf freie Bündniswahl zugestanden worden. Auf dieses Recht berief sich Bonn für das wiedervereinigte Deutschland. Es war kaum vorstellbar, dass der Westen die Anwendung dieses Prinzips für Deutschland geltend machen und es dieses gleichzeitig den Ländern Ostmitteleuropas verweigern könnte. Ebenfalls war, drittens, ein renversement des alliances 1990 kaum vorstellbar. Gorbatschow folgte den Überlegungen des Generalstabschefs Sergej Achromejew, dass der Warschauer Pakt reformiert werden könnte und wenn die ideologische Fundierung des Bündnisses beseitigt würde, die „staatlichen Interessen“ ihrer Mitglieder den Pakt am Leben halten würden. Derartige Illusionen wurden noch Ende Februar 1990 vom (nicht-kommunistischen) polnischen Premierminister Tadeusz Mazowiecki genährt, der „wegen des Deutschlandproblems“ sogar in Betracht zog, eine sowjetische Truppenpräsenz in Polen zuzulassen. (16)

Viertens gab es, wie die Äußerungen Mazowieckis zeigen, praktisch keine Bereitschaft in Ostmitteleuropa, sich um einen Nato Membership Action Plan zu bemühen. Im Gegenteil dazu gab es Stimmen wie die Václav Havels, die einer Auflösung beider Blöcke das Wort redeten.

1990 gab es also keine belastbaren Zusicherungen und keine Verhandlungen über eine Erweiterung der Nato über die Grenzen des vereinigten Deutschlands hinaus. Ob die Osterweiterung sinnvoll war oder nicht, ist eine ganz andere Frage. Mit einem Wort- oder Vertragsbruch hat diese aber nichts zu tun.

Und was danach?

Auch die These, dass der Westen nach der Auflösung des Warschauer Pakts einen „strategischen Plan“ verfolgte, die Auflösung der Sowjetunion zu betreiben, entbehrt jeglicher Grundlage. Das Gegenteil ist der Fall. Kennzeichnend dafür ist die Rede Präsident George H. W. Bushs am 1. August 1990 anlässlich seines Besuchs in Kiew („Chicken Kiev“ Speech), in der er vor „selbstmörderischem Nationalismus“ warnte und dem Erhalt der Sowjetunion in Form des von Gorbatschow entwickelten „Neun-plus-Eins“ Unionsvertrags das Wort redete. Der Westen vertraute auf eine demokratische Entwicklung eines neuen, starken Russlands. Beweis dafür war unter anderem der massive Druck, den die USA, Großbritannien und Frankreich auf Kiew (und Minsk) ausübten, sämtliche Atomwaffen, taktische und nukleare, Russland zu überstellen. Der Aufbau eines Offensivpotenzials der Nato gegen Russland fand nicht statt. Wiederum war das Gegenteil der Fall. Die USA zogen in großem Umfang Soldaten und Waffen aus Europa zurück, und die Europäer selbst kürzten ihre Wehrbudgets. Schließlich erfolgte der Beitritt mittel-osteuropäischer Länder zum westlichen Bündnis nicht aufgrund einer in Brüssel existierenden Blaupause, sondern aufgrund des Drängens dieser Länder, dem man aufgrund der zunehmend besorgniserregenden innenpolitischen Entwicklung in Russland nicht widerstehen konnte.

Fußnoten:

(1) Dieses, wie es auf Neudeutsch heißt, „Narrativ“ ist gerade in Deutschland weit verbreitet. Den entsprechenden Argumenten können hier nicht im Einzelnen Personen und politische Parteien zugeordnet werden. Diese finden sich kritisiert in mehreren Beiträgen in der Zeitschrift OSTEUROPA, so beispielsweise bei Andrij Portnov: Das Mantra der NichtEinmischung. Glaubenssätze der Putin-Freunde. In: OSTEUROPA 64 (2014), H. 9-10, S. 5-11, und Anna Veronika Wendland: Hilflös im Dunkeln. „Experten“ in der Ukraine-Krise: eine Polemik, ebd., S. 13-33.

(2) Interview mit der „Bild“-Zeitung: „Die Deutschen waren nicht aufzuhalten.“ Bild.de, 02.04.2009 (<http://www.bild.de/politik/2009/bild-medienpreis/die-deutschen-waren-nichtaufzuhalten-7864098.bild.html>); letzter Zugriff: 17.12.2018).

(3) Baker: „There would be no extension of Nato's jurisdiction

for forces of Nato one inch to the east.“ Zitiert bei: Philip Zelikow und Condoleezza Rice: Germany Unified and Europe Transformed: A Study in Statecraft (Cambridge, Mass., 1995), S. 182.

(4) House Committee on International Relations, U.S. Policy Toward NATO Enlargement: Hearing, 104th Cong., 2nd sess., June 20, 1996, S. 31.

(5) Uwe Klußmann, Matthias Schepp und Klaus Wiegrefe: Absurde Vorstellung. In: Der Spiegel, 48/2009 (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-67871653.html>); letzter Zugriff: 17.12.2018). Bei diesem Artikel handelt es sich um eine eingehende Recherche der „Spiegel“-Redakteure.

(6) Ebd.

(7) Genscher-Rede in Tutzing am 31.01.1990: „Zur deutschen Einheit im europäischen Rahmen“ (<http://www.2plus4.de/chronik.php3> date_value=31.01.90&sort=003-001; Link mittlerweile inaktiv!).

(8) Ebd.

(9) Abrufbar im russischen Original bei: Youtube.com (<https://www.youtube.com/watch?v=ZlY5aZfOgPA>); letzter Zugriff: 17.12.2018).

(10) The Atlantic Alliance and European Security in the 1990s: Address by Secretary General Manfred Wörner. Nato.int, 17.05.1990 (http://www.nato.int/docu/speech/1990/s900517a_e.htm); letzter Zugriff: 17.12.2018).

(11) Art. 5, Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (<http://www.documentarchiv.de/brd/2p4.html>); letzter Zugriff: 17.12.2018).

(12) In einem Interview mit der russischen Regierungszeitung Rossijskaja gazeta. Rg.ru, 15.10.2014 (<http://www.rg.ru/2014/10/15/gorbachev.html>); letzter Zugriff: 17.12.2018).

(13) Jack Matlock: Nato Expansion: Was there a Promise? Jackmatlock.com, 03.04.2014 (<http://jackmatlock.com/2014/04/nato-expansion-was-there-a-promise/>); letzter Zugriff: 17.12.2018).

(14) Dem Autor ist dies auch von Gorbatschows außenpolitischem Berater Anatolij Tschernjajew bestätigt worden.

(15) Anatolij Černjaev: Šest' let s Gorbačevym. Po dnevnikovym zapisjam. Moskau 1993, S. 347.

(16) Auf einer Pressekonferenz in Warschau, Associated Press (Warschau), 21.02.1990.

Mit Onlinehilfe erstellt durch: Oskar Lehmann

Initiator der Themenreihe:



„Workshops, Ideenbörsen, Bildung & Projekte“ (WIBP) e.V.

Projekträger WIBP e.V. ; VR 7733; Dresden, Spenden & Projektkonto
IBAN: DE 698505 0300 0221 075151 ; ; BIC: OSSDDE81XXX ;
Kennwort: „Jalta2025 – zurück zum Völkerrecht & WELTFRIEDEN“ ;
<https://www.facebook.com/groups/jalta2025weltfrieden>
Zeichnungsberechtigte des: Verein VR 7733 : c/o Vorsitzender L. Häupl
E-Mail: brigittelothar@hotmail.de ; Ruf: 01742094068

Unterstützer:



„Gesellschaft der Gleichen“,
ein Ortsverein des UMEHR e.V. (siehe
<https://www.umehr.net/>)



„Demokratie für die Straße“,
ein Ortsverein des UMEHR e.V. (siehe
<https://www.umehr.net/>)

Download: <https://radicaldemocrat.news/radikaldemokratie-besitzrecht-hefte/>

Redaktionelle Grundsätze

Diese Themenhefte möchten ihren Beitrag in öffentlichen Debatten leisten, um diese zu fördern. Jeder Interessent kann Beiträge einreichen und Themenreihen vorschlagen. Eingereichte Beiträge und Themen, sollten nicht gegen den Zweck von UMEHR e.V. (siehe www.umehr.net), oder gegen geltendes Recht verstoßen. Die Email-Adresse für die Einreichung von Beiträgen lautet media@umehr.net (Betreff: Themenhefte „betreffendes Thema“). Eine Zensur der aufgenommenen Beiträge findet nicht statt, da jeder Autor für die Inhalte seiner Beiträge selbst verantwortlich ist. Aus technischen Gründen ist die Seitenanzahl einer Ausgabe auf ca. 30 begrenzt, daher müssen längere Beiträge unter Umständen als Fortsetzung in den nächsten Heften erscheinen. Kein Beitrag gibt die politische Position der Redaktion wieder, sondern die des jeweiligen Autors, auch wenn diesen nicht unmittelbar widersprochen wird.

Die Redaktion